

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Auswahl“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für ein Jahr wöchentlich 0,42 RM. + 8 Pf. Trägerlohn - 0,50 RM., monatlich 1,75 RM. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 RM. Durch die Post einzahl. Innehaltungsgebühren 2,48 RM.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9141
Postfach-Rente: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau
Anverlangt: elugelassene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

Anzeigenpreis: 20 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Gesetzentwürfe, Verordnungen, Beschlüsse und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen des Wortes 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (2 Tage vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Washingtoner Gewaltpolitik.

Rechtswidrige und heuchlerische Eroberungspolitik in Nicaragua.

Als vor einem Jahre die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko gespannt waren und amerikanische Petroleuminteressenten zum Kriege drängten, verbot die Washingtoner Regierung, sich einen Bundesgenossen im Rücken Mexikos zu sichern. Für diese Vorkasse war der Präsident von Nicaragua, Diaz, gewonnen. Aber die Mehrheit der dortigen Bevölkerung machte den Vereinigten Staaten einen Streich durch die Rechnung, stürzte Diaz und wollte ihn durch Sacaza ersetzen. Mit rücksichtsloser Brutalität griff Washington in diese innere Angelegenheit Nicaraguas ein und versuchte, Diaz zu stützen. Trotz einseitiger Waffenlieferungen und Bildung von „neutralen Zonen“, die von amerikanischen Truppen besetzt wurden, angeblich um die eigenen Staatsbürger zu schützen, in Wirklichkeit um den Vormarsch von Sacaza zu hemmen, verfehlte diese Politik ihr Ziel. Dennoch blieben amerikanische Abteilungen im Lande unter dem Vorwand, die geplante Neuwahl des Präsidenten in Ruhe zu sichern.

Um die Neujahrswende ist nun das Unvermeidliche eingetreten: zwischen amerikanischen Soldaten und solchen von Nicaragua entstand ein Zwischenfall, der einigen Angehörigen der fremden Besatzung das Leben kostete. Ob eine „Berichtigung“ vorlag, wie Washington natürlich sofort behauptete, oder ob der Ursprung des Vorfalles nicht vielmehr in einer gewöhnlichen Wirtschaftsausbeute zu suchen ist, bleibt dahingestellt. Sofort ergriff Amerika schärfste „Repressalien“. Zunächst wurden die „Reuterer“ von einem Flugzeuggeschwader bombardiert, sodann wurde beschlossenen, weitere amerikanische Truppen nach Nicaragua zu entsenden. So steht Amerika immer fester Fuß in einem fremden, unabhängigen Lande. Diese imperialistische Methode hat es von den europäischen Kolonialmächten gelernt — England in Ägypten, Frankreich in Marokko — und schon längst in Rußland, Italien und Panama angewandt. Man sieht unter irgend einem Vorwand Soldaten in ein fremdes, wehrloses Land, wartet den ersten blutigen Zwischenfall ab, um Verstärkungen zu entsenden, bis schließlich die Unabhängigkeit des kleinen Landes faktisch aufgehoben ist. Das Ganze vollzieht sich unter dem Deckmantel der Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern!“, und es darf niemand darein reden, weder eine europäische Macht noch der Völkerbund. Im Vergleich zu dieser Heuchelei erscheint die Kolonialpolitik der europäischen Mächte beinahe anständig.

Im vorliegenden Falle kommt der neue Zwischenfall in Nicaragua den Amerikanern insofern etwas ungelogen, als

zuletzt eine wesentliche Entspannung zwischen Mexiko und Washington eingetreten war. Im Anschluß an den Besuch des Ozeanfliegers Lindbergh und die großen Freundschaftsunterredungen zwischen den beiden Staaten hatte Präsident Calles die Petroleumangelegenheit im Sinne der amerikanischen Wünsche abändern lassen. Durch dieses neue „hartje“ sich aber aus neue eine instinktive Einheitsfront der lateinamerikanischen Staaten, und die sich kaum anbahnende Annäherung Coolidge-Calles erscheint auf neue gefährdet.

London, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten in Nicaragua nimmt nach den hier vorliegenden Meldungen von Tag zu Tag heftigere Formen an. Amerikanische Marine-Verolane haben in den letzten 24 Stunden die Truppen des sogenannten liberalen Generals Sandino stundenlang mit Bomben besetzt. Die Angriffe wurden von den Aufständischen mit Maschinengewehrfeuer beantwortet.

Als Resultat einer Konferenz zwischen Präsident Coolidge und dem amerikanischen Marineminister Wilbur werden, wie eine halbamtliche Meldung aus Washington besagt, 1000 weitere Marineinfanteristen nach Nicaragua entsandt werden. Der Krieg ist nach Pressestimmen in Amerika keineswegs populär. Die Zeitungen greifen die Regierung heftig an und bezeichnen es als eine Irreführung der Öffentlichkeit, die Aufständischen als Banditen hinzustellen.

Der Panamerikanische Kongress und die Politik der USA in Nicaragua.

Washington, 4. Januar. Im Hinblick auf die immer stärker werdende Besorgnis in der amerikanischen Presse, daß auf dem in Havanna stattfindenden panamerikanischen Kongress die Politik der Vereinigten Staaten in Nicaragua zur Erörterung gelangen könnte, erklärte Staatssekretär Kellogg, diese Frage liege nicht auf der Tagesordnung des Kongresses. Auch der von Argentinien, Mexiko und drei anderen lateinamerikanischen Staaten eingebrachte Antrag, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines lateinamerikanischen Staates als dem Völkerrecht zuwider zu erklären, könne nur dann in Havanna erörtert werden, wenn zwei Drittel der Kongressmitglieder für eine Erörterung dieser Frage stimmen würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nehme jedoch nicht an, daß die Tagesordnung jetzt noch abgeändert und mit politischen Fragen belastet werden würde. Kellogg betonte ferner nochmals, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sich nicht in die Wahlkampagne in Panama einmischen noch die Wahlen überwachen werde.

Der schlimmste Klassenrichter geht.

Senatspräsident Niedner nimmt den Abschied.

Der Reichsjustizminister hat das kurz vor Weihnachten vor dem Senatspräsidenten des Reichsgerichts Dr. Niedner eingereichte Rücktrittsgesuch genehmigt. Senatspräsident Niedner hat bereits einen Urlaub angetreten, da er sein Gesuch mit Krankheit begründete. Sein Nachfolger wurde bisher noch nicht bestimmt.

Als Niedner vor wenigen Jahren das hohe Amt eines Senatspräsidenten beim Reichsgericht antrat, genoss er auch in den republikanischen Kreisen allgemeines Vertrauen, das er sehr bald infolge der unter seiner Mitwirkung gefällten zahlreichen sehr schweren Fehlurteile, die eine ungeheure politische Parteilichkeit bewiesen, reißlos verlor. Niedner entwickelte sich langsam zu einem fanatischen Gegner der Linken und zu einem Richter, der sein Amt dazu benutzte, aufs brutallste gegen die Kommunisten zu wirken. Wir halten diesen Abschied für eine große Entlastung für das Reichsgericht. Denn gerade die Tätigkeit dieses Richters hat mit dazu beigetragen, das Ansehen dieses Gerichts zu untergraben.

Blut-Schöber lobt einen Mörder

Der Mörder Bettinners sollte Soldat werden.

Moskau, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Abgeordnete Deutsch teilte am Mittwoch im Haushaltsausschuß des Parlaments mit, daß der frühere Feindesrichter Kotschko, dessen Augenschein der Schriftsteller Hugo Bettiner zum Opfer fiel, sich unter den Bemerkungen zur Aufnahme in ein Arbeiterbataillon befand und die Polizeidirektion

auf die Anfrage nach dem Deumund antwortete: „In moralischer und staatsbürgerlicher Hinsicht liegt nichts Sachteiliges vor.“ Auch als die Militärbehörde nochmals anfragte, erwiderte die Polizeidirektion die Auskunft, daß Strafen gegen Kotschko nicht vorliegen. Daraufhin sollte Kotschko entlassen werden.

Der Bundeskanzler, der inzwischen die Akten eingesehen hatte, mußte zum Schluß der Mittwochsung des Haushaltsausschusses die Angaben des Abgeordneten Deutsch bestätigen. Er versuchte die Polizeidirektion immerhin damit zu entschuldigen, daß sie ein altes Formular unachtsam ausgefüllt habe. Kotschko aber werde keinesfalls in das Heer aufgenommen. In bezug auf die Verdrängung des Bundeskanzlers, daß der Interpellant von dem Vorfall durch irgend einen untergeordneten Beamten benachrichtigt worden sei, erwiderte Deutsch, er habe als parlamentarischer Kommissar im Heeresministerium Gelegenheit gehabt, die Akten über den Vorfall selbst einzusehen.

Russisch-polnischer Gefangenenaustausch.

Moskau, 3. Januar. Auf der Grenzstation Kolesjowo fand heute ein Austausch von politischen Gefangenen zwischen der U.S.S.R. und Polen statt. Der Vertreter des Außenministeriums überließere dem Vertreter der Republik Polen 29 Gefangene und übernahm seinerseits 9 Personen. Diese Gefangenenaustausch ist als der letzte zu betrachten. In die Liste wurden alle Personen aufgenommen, die bisher aus verschiedenen Gründen nicht ausgetauscht werden konnten. Dieser Austausch erfolgt auch den Umständen in der Zeit der von beiden Ländern heute ausgeübten Gefangenenaustausch.

Vertändigung?

Die Katastrophe der Scharfmacherpolitik.
Uns wird geschrieben: Seit die rheinisch-westfälischen Scharfmacher vom Schlage der Generaldirektoren Reusch und Bögl er die Herrschaft in der deutschen Industrie an sich gerissen haben, sind wir in eine Periode ständiger Arbeitskrisen getreten. Zahlen mögen für sich sprechen: In den drei ersten Vierteljahren des Jahres 1927 waren in der deutschen Wirtschaft nicht weniger als 520 Streiks und Ausperrungen zu verzeichnen, gegenüber nur 259 in derselben Zeit des Vorjahres. In den Streiks bzw. Ausperrungen waren in der angegebenen Zeit nicht weniger als 290 000 Personen beteiligt. Im Jahre 1926 waren nur wenig mehr als 44 000. Im dritten Vierteljahr 1927 waren allein 61 454 Beschäftigte ausgesperrt oder zum Streifen gezwungen. Der Vierteljahresdurchschnitt während der Zeit von 1899 bis 1913, wo wir keine Arbeitsschiedsgerichtsbarkeit und keine Verbindlichkeitsklärung hatten und der Arbeitskämpfe in schärferen Formen geführt wurde als heute, betrug nur 58 656. Soweit die an Streiks und Ausperrungen beteiligten Personen in Frage kommen, haben also gegen Ende des Jahres 1927 die Arbeitskämpfe einen größeren Umfang angenommen als vor dem Kriege. Man schätzt gewöhnlich die Zahl der Arbeitstage, die in der Zeit von 1899 bis 1913 durch Streiks und Ausperrungen verloren gingen, im Vierteljahresdurchschnitt auf 2 001 700. Sie machten im ersten Vierteljahr 1927 1 041 182 (im Vorjahr 557 638), im zweiten Vierteljahr 1 085 674 (290 754) und im dritten Vierteljahr 1927 1 179 148 (226 848) aus. Wenn man die Zahl der so verloren gegangenen Arbeitsstunden in Geld umrechnet, ergibt sich, daß wir Millionen und Abermillionen Mark nutzlos verpulvert haben, weil die Unternehmer das Machtgefühl likelte, ganze Berufe ohne Grund auf das Pflaster zu werfen oder zum Streik zu zwingen.

Die Schäden auf anderen Gebieten, die sich fürs erste nicht zahlenmäßig feststellen lassen, sind viel größer. Die Atmosphäre in den Werkstätten und Fabriken ist mehr als je mit Konfliktstoffen durchwürgert. Ausperrungen, wie sie in der Zigarrenindustrie durchgeführt wurden und die Erzeugnisse der Eisenindustriellen, Hunderttausende von Arbeitern ausgerechnet zur Weihnachtszeit der Arbeitslosigkeit und dem Hunger zu überantworten, können nicht ohne Einfluß auf das Innenleben und die Arbeitsintensität, die beide aufs engste zusammenhängen, bleiben. Die Folge der sich häufenden Arbeitskonflikte im letzten Jahr ist infolgedessen die Tatsache, daß wir die Rationalisierung, die sich bis jetzt auf Mechanisierung, Erneuerung des Maschinenparks usw. beschränkt und die der Ergänzung nach der menschlich-psychologischen Seite bedarf, nicht vollenden können. Die ständigen Differenzen um Lohn und Arbeitszeit haben ungünstig auf den ganzen Arbeitsrythmus zurückgewirkt, wodurch die Gefahr besteht, daß sich der mit großem Anlauf begonnene Rationalisierungsprozeß in Deutschland nur in einer vermehrten und bis zum Zusammenbrechen gesteigerten Anteilberei erschöpft. Der Arbeiter, der vor Jahren von dem Impuls, mit dem Deutschland die wirtschaftstechnische Umstellung begann, mit fortgerissen wurde, empfindet sie heute durchweg als eine mechanisch erzwungene und bis zur völligen Erschöpfung der Arbeitsenergie gehende beschleunigte Ausnutzung seiner Arbeitskraft, weil der durch die Rationalisierung verschärfte Arbeitstakt, das schnellere Arbeitstempo bei dem deutschen Arbeiter psychologisch nicht untermauert ist, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Sie zu schaffen hat das deutsche Unternehmertum vernachlässigt, indem es fortwährend Arbeitskämpfe und Arbeitskonflikte provozierte.

Damit hat aber auch Deutschland einen historischen Augenblick in dem Aufbau seiner Wirtschaft verpasst. Wir haben, indem wir mit der Rationalisierung gut zwei Jahre früher begannen als die übrigen europäischen Industrieländer, ihnen gegenüber einen großen Vorsprung errungen. Der Vorsprung besteht aber lediglich in der technischen Verbesserung, die einzuholen ist und von den anderen Völkern sicherlich in einigen Jahren eingeholt sein wird. Während der Vorprung, den wir hinsichtlich der Rationalisierung vor anderen Wirtschaften haben, sich von Tag zu Tag verringert, vergrößert die Machtspolitik des Unternehmertums den Weg, die Energievorräte des deutschen Arbeiters, über die er auf Grund seiner ganzen, besonders seiner politischen und gemeinschaftlichen Erziehung und auf Grund seiner ganzen geistigen Einstellung mehr als der Arbeiter irgend eines anderen Landes verfügt, zu einem für die nächste Generation nicht einzuholenden Vorsprung der deutschen Wirtschaft auszunutzen.

Geschäftlich gesehen auch in der Rationalisierung haben wir seit langem erkannt, daß unsere Rationalisierung am Besten ist und der Aufbau unserer Wirtschaft angeblich auf letztem Gleise liegt. Mit Erbauern und einem gewissen Gefühl von Recht glaubt man nach England hinüber, wo Unternehmertum und Arbeiterkraft Hand in Hand die Umstellung der Wirtschaft

Lehren der Wahlstatistik.

Von Ernst Hamburger, M. d. L.

Wir sind in das Wahljahr 1928 eingetreten. Die verstärkte Bedeutung einer zweimächtigten Agitation für unsere Bewegung und unsere Ziele gerade in diesem Jahr rechtfertigt eine kurze Betrachtung wahlstatistischer Ergebnisse und ihrer Lehren. In jüngster Zeit haben sich verschiedene Veröffentlichungen gerade mit diesen Problemen befaßt. Neben Einzelstatistiken, in denen versucht worden ist die Stellung der Wähler zu den einzelnen Parteien getrennt nach Geschlecht, Konfession, Alter oder Beruf zu ergründen, hat das Preussische statistische Landesamt eine von seinem Vizepräsidenten Dr. Höpfer bearbeitete Statistik der letzten Wahlen zum Preussischen Landtag erscheinen lassen. In der „Gesellschaft“ haben die Genossen Georg Deder und Max Schneider diese Fragen behandelt. Mit der politischen Einstellung des katholischen Volksteils beschäftigt sich ein in den nächsten Tagen erscheinendes Werk von Dr. Schauff „Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei“, aus dem kürzlich die „Germania“ und die „Schlesische Volkzeitung“ wichtige Material veröffentlicht haben. Bereits jetzt können gewisse Ergebnisse dieser Untersuchungen als feststehend angesehen werden, wenn auch viele Einzelerkenntnisse sich bisher noch nicht ohne weiteres erklären lassen.

Drei wichtige Feststellungen, an deren Richtigkeit nicht mehr gezweifelt werden kann, stehen in engem Zusammenhang miteinander: Die Wahlbeteiligung der Frauen, das Wahlinteresse im allgemeinen und in den einzelnen Gebietsteilen, und schließlich die Haltung der katholischen Bevölkerung.

Die Wahlbeteiligung der Frauen muß nach den einseitigen Ergebnissen der vorliegenden Statistiken durchweg als geringer als die der Männer angesehen werden. In der Stadt Köln, in der seit der Revolution nach Geschlechtern getrennt gewählt wird, ergibt sich außer bei der Nationalparlamentarierwahl bei allen Wahlen eine erheblich geringere Beteiligung der Frauen als der Männer. Zum Beispiel beteiligten sich an den letzten Reichstagswahlen 67,2 Prozent aller wahlberechtigten Männer, aber nur 52,7 Prozent der Frauen. Ebenso wies die letzte Wahl in Mainz zum Hessischen Landtag eine geringere Beteiligung der Frauen auf. Untersuchungen über die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924, die sich auf einige bayerische, sächsische und preussische Landesteile verschiedenen Charakters erstreckten, ergaben durchweg eine schwächere Teilnahme der Frauen als der Männer. In 18 Wahlbezirken der Stadt Erfurt bei den Dezemberwahlen 1927 wählten 83,8 Prozent der Männer, jedoch nur 77,6 v. H. der Frauen. Weitere Einzelstatistiken bestätigen dieses Resultat.

Der geringere Wahlleiter der Frauen erklärt zu einem erheblichen Teil die verminderte Wahlbeteiligung gegenüber der Vorkriegszeit. Bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege im Jahre 1912 übten in Preußen 84,6 Prozent der Wähler ihr Wahlrecht aus, im Dezember 1924 waren es nur 78,6 Prozent. Dieses Abfallen entspricht ungefähr der sich aus dem Durchschnitt von Einzelstatistiken ergebenden Verminderung durch den schwächeren Wahlleiter der Frauen. Ohne Frauenwahlrecht würden wir vermutlich heute etwa die gleiche Wahlbeteiligung gegen das Frauenwahlrecht, sondern lediglich eine Feststellung der Tatsache, daß es den Parteien in den 9 Jahren seit Einführung des Frauenstimmrechts noch nicht gelungen ist, das Verhältnis der Frauen zu der politischen Bedeutung der Wahlen in dem gleichen Maße zu erweitern, wie es bei den Männern infolge einer jahrzehntelangen politischen Schulung heute vorhanden ist. Man darf die entsprechende Erscheinung nach der Reichsgründung 1871 bei den männlichen Wählern nicht vergessen. Diese beteiligten sich lange Zeit hindurch in geringerem Prozentmaß an den Wahlen als es die Frauen jetzt bereits tun.

Es ist bekannt, daß die Ergebnisse des Frauenstimmrechts für die Sozialdemokratie bisher unbefriedigend sind; auch bei den Frauen erfolgt die Lösung von den überlieferten Autoritäten erst im Laufe von Jahrzehnten, ebenso wie es bei den Männern der Fall war. Den Vorteil vom Frauenwahlrecht haben heute noch in katholischen Gebieten das Zentrum, in evangelischen in nicht gleich hohem, aber immerhin deutlichem Maße die rechtsstehenden Parteien. Im Dezember 1924 haben nach der Statistik von Schauff überall erheblich mehr Männer als Frauen Zentrum gewählt. In Breslau haben zum Beispiel 45,3 Prozent aller katholischen Männer für das Zentrum gestimmt; durch die Frauen erhöht sich aber der Zentrumsanteil auf 53,2 Prozent aller Katholiken! Mit fast automatischer Regelmäßigkeit wurde durch die Frauen der Zentrumsanteil in diesem Prozentsatz gehoben. In Köln haben bei der letzten Reichstagswahl 40.000 Männer und 57.000 Frauen Zentrum gewählt, dagegen 21.000 Männer und 21.000 Frauen sozialdemokratisch, d. h. etwa im umgekehrten Verhältnis. Nach schlechter schneiden bei den Frauen die Kommunisten ab, die im allgemeinen nur die Hälfte der Frauen- wie der Männerstimmen aufbringen. Ähnliche Erscheinungen weisen noch evangelischen Gebieten für das Verhältnis zwischen rechts und links auf, wenn auch hier die Unterschiede kleiner sind.

Die Höhe der Wahlbeteiligung im allgemeinen wird nicht nur durch das geringere Wahlinteresse der Frauen, sondern auch durch die — von jeder — schwächere Teilnahme der meisten überwiegend katholischen Gebiete beeinflusst. Die niedrigsten Beteiligungsziffern in Preußen weisen 1924 die Regierungsbezirke Köln mit 66,2 Prozent, Oppeln mit 69,9 Prozent, Trier mit 73,7 Prozent, Koblenz mit 74,7 Prozent auf. Auch Aachen und Düren liegen noch unter dem preussischen Durchschnitt von 78,6 Prozent. Nur Münster macht eine Ausnahme. Man erzielt überraschende Ergebnisse, wenn man dies auch in Schlesten im einzelnen verfolgt. So weist in Oberschlesien der einzige Kreis mit evangelischer Mehrheit, Kreuzburg, eine Wahlbeteiligung von 84 Prozent auf, während das Industriegebiet nicht über 68 Prozent im Durchschnitt herauskommt und die Kreuzburger Wahlbeteiligung auch nicht annähernd von irgend einem anderen Kreise erreicht wird. Aber auch Mittelschlesien zeigt ähnliche, wenn auch nicht überall so krasse Unterschiede, ohne daß diese Resultate jedoch für den ganzen Bezirk verallgemeinert werden dürfen. Die höchsten Ziffern haben hier Kreise mit großen evangelischen Mehrheiten wie Gubrau mit 89,6 Prozent, Nimptsch mit 88,9 Prozent, Schweidnitz-Stadt mit 90,4 Prozent und Striebau mit 93,5 Prozent, während Kreise mit dem stärksten katholischen Bevölkerungsanteil wie Glas mit 72,4 Prozent und Sobieszewitz mit 72,8 Prozent die schlechtesten Wahlbeteiligung haben. Auch Neuzode mit 76,8 Prozent und Breslau-Stadt mit 78,4 Prozent liegen erheblich unter dem mittelschlesischen Durchschnitt von 82,8 Prozent. Das Land und die Kleinstädte wählt in der Regel härter als die Großstadt. Im Breslauer Bezirk erreichten 36,2 Prozent aller ländlichen, aber nur 9,3 Prozent der städtischen Wahlbezirke eine Beteiligung von über 90 Prozent. Die Wahlbeteiligung ist also da am geringsten, wo die Sozialdemokratie die größten Auswärtigen auf Zuwachs bei härterer Wahlbeteiligung hatte: in der Großstadt, in einem industriellen Gebiet wie Neuzode, in katholischen Gebieten, in denen bei Einzelaktionen wie der Fürkennentagungskampagne der härteste agitatorische Erfolg zu erzielen war.

Sicherlich sind also für die Sozialdemokratie noch große, von den bürgerlichen Parteien nicht erfasste und nicht erfassbare Reserven bei geschickter Propaganda in den Wahlkampf zu finden. Man wird z. B. für die vorwiegend katholischen Gebiete annehmen dürfen, daß alle dem Zentrum zuneigenden Wähler von diesem bereits erfasst, die Nichtwähler den sozialdemokratischen Ideen zugänglich sind, zumal auch das Reich von Schauff in Deutschland einen Rückgang von 83 Prozent Zentrum wählender Katholiken im Jahre 1881 auf 62,7 Prozent im Durchschnitt der letzten drei Reichstagswahlen und auf 52,8 Prozent Zentrum und Bayerische Volkspartei wählender katholischer Männer im Jahre 1924 feststellt. Bedingt die Einführung des Frauenwahlrechts verschlechtert den weiteren starken Rückgang der männlichen Zentrumswahlerschaft seit dem Jahre 1912 und macht diese Verluste wert. Daneben werden die Wähler der Sozialdemokratie auch der evangelischen Wähler von uns gründlich serviert und ausgebaut werden müssen, ebenso wie die demnach stattfindende mittelschlesische Wahlbeteiligung.

Gestaltung der Propaganda unter den Frauen nicht vorbegehen sollte. Die Verstärkung unserer Stoßkraft verlangt neben unseren allgemeinen Bemühungen um Lösung von Teilen der Wählerkraft aus den anderen Lagern und um ihre Verbindung mit den Jelen unserer Politik die besondere Berücksichtigung aller dieser durch die Statistik verdeutlichten Probleme.

Mostauer Außenpolitik im Jahre 1927.

Wenn man die Außenpolitik eines Staates über den Verlauf eines Jahres hin betrachtet, so wird man im allgemeinen stets Erfolge und Mißerfolge gemischt finden und daraus seine Lehren ziehen können. Selten aber werden diese Lehren so eindeutig und klar sein, wie in der außenpolitischen Bilanz der Sowjetunion für 1927. Man kann das Ergebnis kurz auf eine Formel bringen: Wo die Sowjetunion die Parteipropaganda der Weltrevolution in den Vordergrund gestellt hat, hat sie schwerste Mißerfolge erlitten. Der Abbruch der Beziehungen durch England, die Rückschläge in China, die schließlich mit einem Massaker unter den zahlenmäßig schwachen chinesischen Kommunisten geführt haben, sind typische Beispiele hierfür. In der gleichen Richtung lag die nur mit Mühe abgewandte Gefahr eines Ausbruchs der französisch-sowjetischen Beziehungen. Sicherlich war es nur ein Vorwand für den französischen Chauvinismus und das sowjetfeindliche Petroleumpital in Frankreich, die Stellungnahme des Sowjetbotschafters, der sich mit anderen Mitgliedern der kommunistischen Opposition für die Weigerung der kommunistischen Soldaten gegen ihre eigene Regierung ausgesprochen hatte, zum Anlaß zu nehmen, nicht nur auf die Enttarnung Katoskows, sondern auch auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zur Sowjetunion überhaupt hinzuwirken. Aber es ist gerade charakteristisch, daß die Sowjetunion diesen Vorstoß nur parieren konnte, indem sie die staatlichen Notwendigkeiten über die Partei stellte. Katoski fallen ließ, obwohl er nichts getan hatte, was nicht für jeden Kommunisten, ob Opposition oder Regierungspartei, selbstverständlich war, und um das Abkommen für einen neuen Mann in Paris nachsuchte.

Diese Niederlagen Mostaus sind sämtlich Phasen des großen Ringens mit England, von dessen Angriffsabsichten gegen die Sowjetunion man in Mostau fest überzeugt ist, und zwar solche Phasen, in denen man die kommunistische Partei als Werkzeug benutzte. Viel besser hat die Sowjetunion auch in dem tatsächlichen Kampf gegen England da abgefahren, wo sie als Staat vorgeht und Verträge schloß wie den Handelsvertrag mit Berlin und die Verträge und Abkommen mit Persien, sämtlich Verträge, die die Klausel der Unterlassung jeder politischen Agitation der Außenstellen enthalten. In diesem tatsächlichen Ringen hat Mostau tatsächlich Boden gewonnen. Der zweifellos bestehende englische Plan, die Sowjetunion in Europa mit einem Ring von Handelsstaaten zu umgeben, die einer einheitlichen Direktive, in erster Linie der Führung eines England befreundeten Polens folgen würden, dürfte nicht mehr zu verwirklichen sein. Außer Polen selbst, das ja ein eigenes Interesse an der Durchführung einer derartigen Koalition hat, ist heute nur noch Estland unbedingter Anhänger eines solchen Planes.

Die Außenpolitik der Sowjetunion ist freilich in einem weit übertriebenen Maße von dem Widerspruch der englischen Gefahr beherrscht. Dieses Motiv spielte im vorliegenden Jahr in der ganzen Weltpolitik Mostaus eine Rolle, auch wo es sich direkt gar nicht um England handelte. So werden z. B. auch die Beziehungen zu Deutschland ständig von einem Mißtrauen gestört, Deutschland könne in die Antisowjetkoalition unter englischer Führung einziehen, ein Mißtrauen, das die kommunistischen Blätter in der Sowjetunion selbst nur andeuten, aber die von Mostau im Ausland geleiteten Blätter, wie etwa die deutsche kommunistische Presse unverhüllt und provozierend Ausdruck geben. Gehäht ist die Politik des Mißtrauens und der Verächtlichmachung natürlich nicht. Am dem festen Willen Deutschlands keine einseitige Stellung einzunehmen, sollte auch in Rußland kein Zweifel sein, und im übrigen macht man politische Gespräche nicht mit Schmolzen und Wormwürfen, sondern mit realen Leistungen, d. h. nachdem Deutschland am meisten zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands beigetragen hat, sollte auch die Sowjetunion Deutschland in einem größeren Maße wirtschaftlich helfen. Statt von Mostau aus dunkle Angriffe gegen Deutschland zu richten, läte man besser, die deutschen Klagen über das Ausbleiben eines Aufschwungs der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu berücksichtigen.

Auch das sensationellste Ereignis in der Außenpolitik der Sowjetunion im vorliegenden Jahre, ihre Beteiligung an den Abrüstungsdebatten der Völkerbundskommission, hängt mit der Englandfeindschaft in Mostau zusammen. Man will dort vertreten sein und mitreden, wo, wie man annimmt, England an dem Ring gegen die Sowjetunion schmiedet. Trotzdem war der Entschluß Mostaus, nach Genf zu gehen, in Anbetracht seiner ständigen Feindschaft gegen den Völkerbund zwar blamabel, aber richtig, wie seine internationale Resonanz zeigt. Außerdem hat die Sowjetregierung — wie immerzeit in Breitwitow — das Vergnügen, die restlose Durchführung moderner Prinzipien verlangen zu können, da sie weiß, daß die andern dabei doch nicht folgen wollen oder können. Welchen Wert es für die Sowjetunion darüber hinaus hat, an diesem Mittelpunkt internationalen Lebens, wie es Genf nun einmal ist, vertreten zu sein, zeigen die Unterredungen Litwinow—Chamberlain und Litwinow—Brand.

Wo Mostau also als Staat aufgetreten ist und seine Staatsinteressen hat maßgeblich sein lassen, kann es mit Befriedigung auf das Jahr 1927 zurückblicken. Daraus zeigt sich ganz deutlich, was das hemmende Element in dem Dualismus zwischen Staat und Partei in der Sowjetunion liegt: In der Beherrschung des Staatsapparates durch eine doktrinaire Parteigruppe, in dem Schwereigsten, die der Staatsverantwortlichkeit der Sowjetunion durch die kommunistische Propaganda, die von Mostau ausgeht, bereitet werden; der Sozialismus ohne Demokratie ist auch außenpolitisch eine Erschwerung für den Aufstieg der Sowjetunion.

Reichseinnahmen und Ausgaben von April bis November 1927.

Berlin, 3. Januar. Die Reichseinnahmen im ordentlichen Haushalt betragen in Millionen Reichsmark im November 712,2, im April bis Oktober 1927 5319,3, zusammen also 6031,5. Die Ausgaben betragen im November 739,5, im April bis Oktober 5004,8, zusammen 5744,3. Es ergibt sich demnach für November ein Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen um 27,3, für April bis Oktober eine Mehreinnahme um 214,5, und zusammen von April bis November eine Mehreinnahme von 287,2. Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen im November 1,2, im April bis Oktober 103,7, zusammen also 104,9. Die Ausgaben betragen im außerordentlichen Haushalt im November 82,2, im April bis Oktober 321,6, zusammen von April bis November 403,8. Es ergeben sich demnach Überschüsse an Ausgaben über die Einnahmen im außerordentlichen Haushalt für November 81, für April bis Oktober 217,4, zusammen also 298,4. Nach dem Abschluß ergibt sich für April bis November 1927 unter Einrechnung des Schenkens aus dem Rechnungsjahr 1926 ein Höhe von 549,0 Millionen Mark im ordentlichen Haushalt ein Betrag von 655,2, wovon der unter Einrechnung des Budgets aus dem Rechnungsjahr 1926 im Höhe von 200,0 Millionen Mark betragende Anhangsbetrag des außerordentlichen

Haushalts von 556,8 Millionen Mark abgezogen ist, so daß insgesamt ein Bestand verbleibt von 249,3 Millionen Mark. Hierzu wird noch bemerkt: Aus den Steuererträgen im November 1927 sind im Dezember 1927 noch 82,9 Millionen Mark gesetzliche Anteile an die Länder ausgeschüttet worden.

Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 4. Januar. Einer Uebersicht über den Stand der Arbeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates am 1. Januar 1928 entnehmen wir folgendes: Der Zolltarif-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats behandelte in den Monaten November und Dezember die für die Zolltarifrevision der Reichsregierung in Betracht kommenden Nummern des Zolltarifs. Die Arbeiten des Ausschusses werden voraussichtlich im Januar abgeschlossen werden.

Der Entwurf der Handwerker-Novelle war einem Arbeitsausschuß zur Vorberatung überwiesen worden, der in sechs Sitzungen seine Aufgabe erledigt hat.

Zur gemeinsamen Begutachtung im wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschusse liegt zurzeit der vom Reichsfinanzministerium eingegangene Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes vor. Er wurde einem Arbeitsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Es ist beabsichtigt, die Beratungen so zu beschleunigen, daß noch im Laufe des Monats Januar das Gutachten über den Gesetzesentwurf den Hauptausschüssen vorgelegt werden kann.

Der sozialpolitische Ausschuss hat zum Entwurf eines Arbeitsausgleichsgesetzes schon ein Gutachten am 26. November 1927 vorweg abgegeben. Für die Weiterberatung des Gesetzes hat der Arbeitsausschuß 19 Sitzungen vom 16. Januar bis zum 25. Februar einschließlich anberaumt.

Der zur Frage der Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen im Handlungsgewerbe gebildete Arbeitsausschuß hat die Beratungen wieder aufgenommen. Er hat beschloffen, in den nächsten Sitzungen zunächst noch Sachverständige zu dem gesamten Fragenkomplex zu hören.

Dem finanzpolitischen Ausschuss war Anfang November 1927 der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuerergesetzes zugegangen, dessen Begutachtung nach einer Vorberatung durch den Arbeitsausschuß für die Kraftfahrzeugsteuer am 30. November 1927 erledigt wurde. Da der Arbeitsausschuß in der Regierungsvorlage jedoch keine endgültige Lösung des Problems der Kraftfahrzeugsteuer erblicken konnte, soll dies im Januar weiter behandelt werden.

Die Gemeinde- und Kreistagsvertreterwahlen in Preußen.

Die Wahlen sollen im Mai stattfinden.

Berlin, 5. Januar. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, haben im Landtage Besprechungen der Parteien über den Termin für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen in Preußen stattgefunden. Wahrscheinlich würden diese Wahlen im Mai stattfinden.

Die Kommunistenhege in Frankreich.

Paris, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Beurteilung von Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda nehmen in Frankreich in letzter Zeit kein Ende. Nachdem die Zahl der in solchen Prozessen Verurteilten bereits einhundertdreißig erreicht hat, standen am Dienstag wiederum der Administrator und ein Redakteur der „Humanité“ wegen antimilitaristischer Artikel vor dem Pariser Strafgericht. Beide wurden zu je drei Monaten Gefängnis und Geldstrafen verurteilt.

Immer noch Verhaftungen im Elsaß.

Paris, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Maßnahmen gegen die eiffassige Autonomenbewegung werden fortgesetzt. Der Untersuchungsrichter von Mühlhausen hat auf die am Dienstag erfolgte Verhaftung eines Straßburger Schauspielers am Mittwoch eine weitere Folge lassen. Es handelt sich um den 27-jährigen Angeklagten Emil North aus Straßburg, der vor kurzem wegen Beleidigung der Polizei und Verteilung von antisowjetischen Schriften verurteilt worden war.

Ein neuer Gewaltstreik Primo de Riberas

Verhaftung der Frau de Unamuno.

Paris, 4. Januar. Nach einer vom „Journal“ wiedergegebenen Meldung hat die spanische Polizei die Frau des in Frankreich im Exil lebenden spanischen Schriftstellers de Unamuno in dem Augenblick verhaftet, als sie nach Spanien von einem Besuch bei ihrem Gatten zurückkehrte.

Polizei als Geschäftsmanöver.

Die englischen Textilindustriellen aus Konkurrenzgründen gegen Ägyptens Wirtschaftspolitik.

Alexandrien, den 4. Januar. (Eigener Bericht.) Von englischer Seite wird augenblicklich ein Druck auf Ägypten ausgeübt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland abzubrechen. Ihren Ausgangspunkt hat diese Propaganda in Kreisen der englischen Textilindustrie, die darauf hinweisen, daß Rußland seine Baumwollkäufe in Ägypten nur aus Gründen politischer Propaganda macht und deshalb auch höhere Preise als Manchester zahlt. Rußlands Bemühungen gehen nach der englischen Auffassung dahin, sich durch die Entsendung von Experten nach Ägypten einen Vorposten im Lande zu halten, der die politischen Verhältnisse Ägyptens dauernd beobachtet und im gegebenen Falle als Zentrum für eine kommunistische Agitation dient.

Antwort der Jnder an Macdonald.

London, 4. Januar. (Eigener Bericht.) Der indische liberale Politiker und frühere indische Minister C. H. Ghintamani, hat dem Vertreter des „Indischen Presseblatt“ in Bombay eine polemische Erklärung gegen Ramraj Macdonalds Feststellungen hinsichtlich der indischen Verfassungskommission übergeben. Ghintamani wendet sich gegen Macdonalds Behauptung, daß das vom indischen Parlament zu ernennende Komitee einer „Königlichen Kommission“ gleichgestellt werden könnte. Das Argument, daß eine Teilnahme an einer „Königlichen Kommission“ einer Mitgliedschaft an einer indischen parlamentarischen Kommission gleichwertig sei, wie Macdonald behauptete, sei so absurd, als wolle man behaupten, ein Staatsmandat ließe sich mit einer Ernennung durch den Vizekönig und das Kabinett vergleichen. Ghintamani, der zum gemäßigten Flügel der öffentlichen Meinung Indiens gehört, protestiert in seiner Erklärung scharf gegen die imperialistische Haltung der britischen Arbeiterpartei unter Ramraj Macdonalds Führung.

Wicome Goto bei Kallinin.

Moskau, 3. Januar. Wicome Goto, dessen Besuch von den Moskauer politischen Kreisen und von der Sowjetpresse große Bedeutung beigegeben wird, wurde vom Vizepräsidenten des Zentralausführungsausschusses der Sowjetunion, Kallinin, empfangen. In einer eingehenden Unterredung äußerten sich Kallinin und Goto darüber beständig über die erreichten Erfolge hinsichtlich der japanisch-russischen Beziehungen und der guten Aussichten für die weitere Entwicklung. Goto erklärte, daß die in den Sowjetländern gemauerten Verbindungen ihm einen Ausblick auf die Beziehungen dieser Staaten nach westlichen Ländern gäben. Bei der Unterredung war auch der japanische Botschafter Tanaka und ein Vertreter des japanischen Imperialismus anwesend.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Januar 1928.

Inventur.

Die ersten Tage nach Weihnachten gehören dem Umtausch. Das ist heilige Tradition. Gibt es denn einen größeren Reiz, als noch einmal vor die angenehme Qual der Wahl gestellt zu sein? ... Dann kann man die vielen Herrlichkeiten abschiednehmend durch die Finger gleiten lassen und schließlich, mit tausend Zweifeln im Herzen, nach Hause gehen, nachdem man nach vielem Suchen doch wieder beim Alten hängen geblieben ist.

Und nach dem Umtausch beginnt die Inventur. Das alte Jahr räumt mit seinen Beständen auf. Da wird registriert und festgestellt, was von all den hochfliegenden Plänen zum Schluß übrig geblieben ist.

In den Kaufhäusern brennt das Licht bis in die tiefen Nachtstunden hinein. Für die Angestellten, denen das Christkind schon durch das Weihnachtsgeschäft Ueberstunden im engeren schenkte, ist die Woche nach Neujahr gewiß keine rufige. Morgens um 8 Uhr beginnen sie, die Mittagspause wird abgekürzt, und noch um 10, ja um 11 Uhr abends sind die mühseligen Arbeiten der Inventur in vollem Gange.

Da schwebt der Geschäftsführer, ein getreuer Petrus im Himmel des Unternehmers, durch den Raum, suchend, wen er beim Faulenzen erwischt. Die Augen des Geschäftsführers sehen streng und wandern unermüdet durch die schmalen Gänge mit den vielen Regalen.

Auf den Leitern stehen die Angestellten, holen Stoffballen herunter und reihen sie den Kollegen, die hinter den Theken schweigend Meter um Meter durchmessen und Preise einsehen.

Petrus bezieht ein hohes Salär und er fühlt, was er seiner Stellung schuldig. Ein Diener, gewiß, aber einer mit Achselstücken. Und so weiß er um das Evangelium aller Feldweber: Nach oben kahnudeln und nach unten treten. — — —

„Na, was is denn, Herr Hirscherler? — — — Warum stehen Sie denn da so müßig herum? — — — Sind Sie pensioniert, he? Umsonst zahlen wir keine Gehälter, daß Sie's wissen!“ — — —

Und der Geschäftsführer geht davon in dem angenehmen Bewußtsein, wieder einmal seine Pflicht hundertprozentig erfüllt zu haben. — — —

Im Kontor, also im Allerheiligsten, sitzt der Gott dieser kleinen Plantage, die nur eine von sehr vielen ist.

Er kaut eine Zigarre vom Format eines Gentlemantrauts und macht Bilanz. Die Konjunktur ist nicht schlecht und sein Bankkonto zeigt entschiedene Neigung nach oben.

Immerhin, er könnte zufrieden sein. Soweit ist die Sache ja ein Wohlgefallen.

Aber wenn dann der Vertreter des Personals kommt, um ihm die Rechnung für geleistete Ueberstunden zu präsentieren, wird der Edel sehr mürrisch.

— — — Inventur. — — —

Der Reichsminister gegen Brotverbilligung.

Der deutschnationale Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, hat dem Antrag des Verbandes niederösterreichischer Industrie- und Handelskammern auf Aufhebung der Einfuhrzölle für Brotgetreide bis zum 30. September 1928 nicht stattgegeben. Der Minister ist nach wie vor der Ansicht, die er schon gegenüber der Eingabe der Vereinten Österreichischen Mühlenerverbände zum Ausdruck gebracht hat, daß die Nachteile, die eine derartige Maßnahme „nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte Volkswirtschaft zur Folge haben müßte, ungleich größer sein würden als die Erleichterungen, die dadurch möglicherweise für die Mühlen in einigen Teilen Deutschlands geschaffen würden“. Es sei nicht angängig, „die gesetzliche Grundlage für die deutsche, mit dem Weltmarkt aufs engste verflochtene Getreidewirtschaft, jeweils unter dem Eindruck zeitlich bedingter Schwankungen kurzfristig abzuändern und dadurch jede Sicherheit für Maßnahmen von längerer Sicht zu vernichten“. Die Außenhandelsbilanz der verflochtenen Monate des laufenden Getreidewirtschaftsjahres gehe auch in keiner Weise Anlaß zu der Besorgnis, daß die Ausfuhr von Brotgetreide unsere Versorgung gefährden könnte, denn jeder dieser Monate weise einen ganz erheblichen Einfuhrüberschuß an Roggen auf, der im Oktober mit rund 35 000 Tonnen sogar über noch einmal so groß gewesen sei wie im September.

Eigentlich hätte sich die Industrie- und Handelskammer im voraus denken können, welche Antwort ihr Schiele geben würde, trotzdem ist es gut, daß seine Antwort nun schwarz auf weiß vorliegt. Schiele muß fort! Die Neuwahlen rücken näher!

Was versteht man unter Armenrecht?

Ueber die Erlangung des Armenrechts zur Führung von Prozessen bestehen vielfach Unklarheiten. In den Mitteilungen einer Handelskammer finden wir eine Erläuterung dessen, was man unter Armenrecht versteht und welche Voraussetzungen dafür gegeben sind. Wir entnehmen den Mitteilungen hierüber folgendes:

„Das Armenrecht, die vorläufige Befreiung von Gerichts-, Anwalts- und Gerichtsvollzieherkosten. Seine Bewilligung ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:

- 1. Die Partei, die darum nachsucht, muß außerstande sein, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten und
2. die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung darf nicht mutwillig oder auschüßlos erscheinen, das heißt, die Haltlosigkeit des Rechtsstandpunktes darf nicht von vornherein klar auf der Hand liegen.

Das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts ist bei demjenigen Gericht anzubringen, bei dem der Prozeß bereits anhängig gemacht ist oder anhängig gemacht werden soll; es kann auch mündlich vor dem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werden. Dem Gesuch ist ein Armutszertifikat, das in der Regel von der Gemeindebehörde ausgestellt wird, und das das Unvermögen zur Bestreitung der Prozeßkosten bescheinigt, beizufügen. Außerdem ist dann das Streiterhältnis unter Angabe der Beweismittel darzulegen.

Die Bewilligung des Armenrechts erfolgt für jede Instanz besonders; kommt zum Beispiel der Prozeß im Rechtsmittelzug an das übergeordnete Gericht, dann muß von neuem um das Armenrecht nachgesucht werden. Der Nachweis des Unvermögens braucht dann aber nicht nochmals erbracht zu werden. Das Armenrecht kann zu jeder Zeit entzogen werden, wenn es sich herausstellt, daß eine Voraussetzung für die Bewilligung nicht vorhanden war oder inzwischen weggefallen ist. Es erlischt mit dem Tode der Person, für die es bewilligt wurde, und geht insbesondere nicht auf die Erben über. Viele müssen gegebenenfalls ein neues Gesuch einreichen.

Durch die Bewilligung des Armenrechts erlangt die Partei: 1. die einstweilige Befreiung von der Bezahlung der rüchständigen und künftig erwachsenden Gerichtskosten einschließlich der Vorkosten für Zeugen und Sachverständige und der sonstigen baren Auslagen sowie der Stempelsteuer. 2. Die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten. 3. Das Recht, daß ihr zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellung und von Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher und, insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, also im Verfahren vor dem Landgericht und den übergeordneten Gerichten, ihr vorläufig vorzeitiglich ein Anwalt beigeordnet wird.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß.

Englischer Sprachkursus.

In der zweiten Hälfte des Januar, wahrscheinlich am Dienstag, den 17. Januar, 19 1/2 Uhr, beginnt ein Kursus in englischer Sprache für Anfänger. Es finden im Monat vier Doppelstunden statt, jeweils Dienstag von 19 1/2 bis 21 1/2 Uhr. Lehrer: Dr. phil. Karl Heilig. Hörerbeitrag 2,50 Mark im Monat, für den Januar 1,25 Mark, Erwerbsloste 1,25 Mark, für den Januar 75 Pfennig. Der Kursus wird nur veranstaltet, wenn mindestens 30 Hörer teilnehmen. Unterrichtsraum voraussichtlich Gewerbeschule, Gartenstraße. Wer an dem Kursus teilnehmen gedenkt, wird gebeten, sich entweder im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße Nr. 17, Zimmer 36, oder der Redaktion der „Volkswacht“, Fräulein Platz 3, schriftlich zu melden. Die Dauer des Kursus ist nicht fest bestimmt. Sie wird von den Hörern selbst bestimmt werden; doch ist vorgesehen, den Kursus bei genügender Teilnahme bis Ende Juni durchzuführen. Weitere Angaben folgen.

Arbeitslosenversicherung und „Saison“arbeiter.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist kaum in Kraft getreten und schon erweisen sich mannigfache Mängel, obwohl die Gesetzesmaterie keine neue ist, denn das Arbeitsnachweisgesetz und die Erwerbslosenfürsorgeverordnung waren die Vorläufer mit einer reichen Praxis.

Der große Kreis der Versicherten hat schon bei der Beratung des Gesetzes die Mängel erkannt und dagegen angekämpft. Die Regierungsparteien aber haben sich daran nicht gekümmert und somit den sich täglich steigenden Unwillen der Versicherungsnehmer heraufbeschworen.

Im Wege der Verordnung ist zwar hilfswiese versucht worden, in der Uebergangszeit bis zum 31. März 1928 die größten Härten zu beseitigen. Im Gegensatz hierzu aber hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt am 2. Dezember 1927 eine Anordnung bezüglich der Wartezeit der sogenannten Saisonarbeiter erlassen, die völlig unverständlich ist und bei diesen Versicherungsnehmern nicht nur starken Unwillen, sondern direkt Empörung hervorgerufen hat. Dadurch ist die Arbeitslosenunterstützung auf zwei bis drei Wochen am Beginn der Arbeitslosigkeit aufgehoben worden.

Nicht allein diejenigen Versicherten, die infolge von Witterungseinflüssen unmittelbar betroffen werden, sind durch diese Anordnung um ihre Bezüge — kurz, sondern auch alle mit dem Bauernur nur mittelbar in Verbindung stehenden Arbeitnehmern, wie zum Beispiel Maler, Bauhilfer usw., werden gleich nachteilig behandelt.

Die Anordnung trägt alle Zeichen von Willkür und schlechter Lehrlingsarbeit.

Die untergeordneten Landesarbeitsämter müssen sehr schnell und in dem Maße die Anordnung aufzuheben versuchen, wie das in jüngster Zeit bereits von einigen Landesarbeitsämtern geschehen ist. Die schlechten Arbeitslosen nur werden in dieser Angelegenheit wieder ungebührlich lange im Ungewissen gelassen, weil der angeblich neue Präsident in Urlaub war und deshalb der Verwaltungsausschuß trotz des Vorhandenseins eines Stellvertreters nicht rechtzeitig berufen werden konnte.

Es tut not, daß nicht der Verdacht aufkommen, daß es gute Weile hat mit den Anträgen der Arbeitslosen und ein neuer Beweis dafür geliefert werden, daß schlesische Verwaltungen den übrigen in Mittel- und Norddeutschland in ihren Beschlüssen stets nachhinken.

In den Gewerkschaftshaus-Bildspielen

gelangt in dieser Woche ein erstklassiges Programm zur Vorführung, in dessen Mittelpunkt der russische Film „Die Mutter“ steht. Dieser unter der Leitung des Regisseurs Pudowkin gedrehte Film beschäftigt aufs Neue das meiste Können der russischen Filmproduktion. Die Motive des gleichnamigen Romans von Gorki, die der Handlung des Films zugrunde liegen, schildern einen Ausschnitt aus den Ereignissen des Jahres 1905, als im zaristischen Rußland leidenschaftliche revolutionäre Erhebungen des Proletariats ausbrachen, die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln blutig niedergeschlagen wurden. Der Film veranschaulicht überwältigende Bilder aus dem Leben einer Proletarierfamilie, deren Vater sein Geld im Schnaps erkaufte, zum willenlosen Werkzeug der Fabrikgehaltigen wird und den Tod findet, als er gegen die in den Streik getretenen Arbeiter kämpft. Der Sohn, der in den Reihen der um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Arbeit, wird als Revolutionär verfolgt und in das Zuchthaus gesteckt, weil er Waffen in der elterlichen Wohnung verborgen hält. Zwischen beiden steht die Mutter, die geduldig, wie eine Mutter nur sein kann, das Schicksal ihrer Lebenskameradschaft trägt, aber aus Mutterliebe auch den Sohn von seinem freibewilligen Drängen abzuhalten versucht, um nicht auch ihn zu verlieren. Sie vertritt den Sohn, als ihr die Kosaken glauben machen, er kommt ins Gefängnis, wenn nichts verraten würde. Als ihr der Betrug offenbar wird, stellt sich sie in die Reihen der Kämpfenden und findet bei einem Befreiungsversuch der Eingekerkerten, bei dem es dem Sohne zu entweichen gelingt, mit ihm gemeinsam den Tod unter den Hufen der Kosakenpferde, die die sich erhebenden Proletarier niederreiten. Die drei Menschen, die ganz meisterhaft dargestellt werden, sind würdevoll in die passenden Szenen verweben, in denen namenlose Masse zu wichtiger Darstellung gelangt. — In: Beiprogramm führt ein mehrstündiger Kulturfilm Land und Leute der finnischen Republik vor Augen. Anschauliche Bilder von dem Wald- und Agrarreichtum des Landes, die es zum Ausfuhrgebiet für Butter und Papier machen, zeigen den Werdegang beider Produkte in modernen Industrieanlagen. Mehr als notwendig wird in dem Film allerdings auch mit der Wehrmacht Finnlands und seinen Sportkanonen gedroht, während für die finnische Arbeiterbewegung kein Bildchen übrig war. Ein köstler amerikanischer Kaffee, den man sich hätte schenken können, verlängert das Programm ganz unnötig, das jedermann zu sehen allein wegen des Hauptfilmes nur empfohlen werden kann.

Die Breslauer Sozialdemokratie vor vierzig Jahren.

Als das Jahr 1888 begann, waren erst wenige Wochen seit dem großen Breslauer Geheimbundsprozeß verstrichen, der der Verurteilten insgesamt 102 1/2 Monate Gefängnis eingebracht hatte, ungerechnet die lange Untersuchungshaft, die fast alle 37 Angeklagten zu erdulden hatten. In Haft behalten wurden Dr. Heinrich Luz, dem man ein Jahr Gefängnis zuerkannt hatte, Otto Matschke und Johann Kasprovicz, mit je sechs Monaten Gefängnis. Dr. Julian Marcuse wurde unter Einbehaltung einer Kaution von 6000 Mark vorläufig auf freiem Fuß gelassen. Die Amnestie anlässlich des Todes Wilhelm I. erstreckte sich nicht auf die auf Grund des Sozialistengesetzes Verurteilten und die Revisionen beim Reichsgericht wurden verworfen. Daher mußten auch die vorübergehend Freigelassenen ihre Strafe antreten. Die Familien der Inhaftierten standen vor dem großen Elend und nur durch Geldsammlungen unter armen, klassenbewußten Proletariern konnte die Not etwas gelindert werden.

Hatte schon die schriftliche Urteilsbegründung eine vollständige Bankrotterklärung des ganzen Prozesses bedeutet, so trat nun weiter die öffentliche Brandmarke der Prozeßführung des Landgerichtsdirektors Freitag, ungeliebten Angedenkens, ein. Die Abgeordneten Paul Singer und Julius Kräcker benutzten dazu die Tribüne des Reichstags.

Doch schon anfangs 1888 begann in Posen ein neuer großer Geheimbundsprozeß. Die Provinz Posen gehörte damals zu dem Agitationsgebiet der Breslauer Genossen, und so kam es, daß zu den Verhandlungen des etwa drei Wochen währenden Prozesses auch eine Anzahl Breslauer Genossen als Zeugen erscheinen mußten. Zwölf Genossen, die sehr lange in Untersuchungshaft geblieben hatten, wurden zu insgesamt 14 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Unter den Verurteilten befand sich Konstantin Janiszewsky, der Schwiegersohn Kräckers. In diesem Prozeß trat noch mehr als in dem Breslauer Prozeß das Polizeispittel-Unwesen recht deutlich hervor. Es zeigte sich, daß diese Spione, getrieben durch ihre Habgier um die reichen Einnahmen aus dem Replikationsfonds zu behalten, förmlich zu dem Gewerbe der agents provocateurs (geheime Polizeibeamten, Einnahmen aus dem Replikationsfonds zu behalten, förmlich zu stellen) verleitete wurden. Das Treiben der Geheimpolizisten Thring-Mahlow und Raporra, der hauptsächlichsten Belastungszeugen in diesem Prozeß, gab den sozialdemokratischen Abgeordneten Gelegenheit, das Treiben dieser Leute bei den Beratungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu geißeln. Der Polizeiminister v. Puttkamer lobte diese beiden als pflichttreue Beamte, aber er mußte selbst zugeben, daß nur habgierige Nicht-Gentlemen, also Menschen niedriger Gesinnungsart, sich zu dem Geschäft des Polizeispittels hergeben.

Bereits zehn Jahre laßte das Ausnahmegesetz auch auf der Breslauer Parteigenossenschaft, und unter großer Opferfreudigkeit, nach vielen vergeblichen Versuchen, war es ihnen gelungen, sich wieder ein örtliches Parteiorgan, die „Volkswacht“, ein Wochenblatt zu schaffen. Dieses wurde nun auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, während sein Herausgeber und Redakteur Robert Conrad in Untersuchungshaft lag. Es galt nun, wieder ein neues Blatt zu schaffen, und bald erschien ein neues Wochenblatt, die „Schlesischen Nachrichten“. Aus dieser Zeitung ist später unsere heutige „Volkswacht“ entstanden. Die hauptsächlich an der Zeitungsgründung beteiligten Genossen Dr. Carl Steinmeh und Tischler Frig Trappe flüchteten nach ganz kurzer Zeit in das Ausland, da schwere Prozesse gegen sie schwebten.

Ueber Luz verhängte der Senat der Universität Breslau das konfliktum abeundi (Verweilung von der Hochschule). Auch bei anderen deutschen Hochschulen wurde er abgewiesen; ebenso erging es den anderen beschuldigten gewesenen Studenten. Von den deutschen Universitäten als „politische Verbrecher“ verbannt, gingen sie nach der Schweiz, um dort ihr Studium zu beenden.

Die Freisprechung Robert Conrads im großen Geheimbundsprozeß hatte zur Folge, daß er von den Genossen als Spittel verdächtigt wurde. Auch der „Sozialdemokrat“ warnte vor ihm, da er im Dienste der Breslauer und Berliner Polizei stehen sollte. Conrad wehrte sich verzweifelt gegen diese Anschuldigungen, für die nur Verdachtsgründe angeführt werden konnten, doch er vermochte die Genossen nicht zu überzeugen. Schließlich verließ er Breslau, um sich anderswo Beschäftigung zu suchen, was sehr schwer hielt, weil er bei der Polizei und den Arbeitgebern seines Berufes überall als Agitator verhasst war. Ein Menschenalter hindurch hat der Schwere Verdacht auf Conrad gefaßt, bis ihn der Parteitag in Görtitz (1922) völlig rehabilitierte und ihm seine Parteicheure wiedergab. Noch kurz vor seinem Tode besuchte der in Köln wohnende Genosse die Breslauer Parteigenossen und seinen früheren Reichstagswahlkreis, das Rodenkurger Bergland.

Zwei brave Breslauer Vorkämpfer, die Abgeordneten Max Kasper und Julius Kräcker wurden im Jahre 1888 vom Tode dahingerafft und ruhen in Breslaus Erde. Beide wurden Opfer des Schandgesetzes, dessen Wirkungen, sie vorzeitig in den Tod heßten.

Genau so wie die Polizei die politische Bewegung verfolgte, verfolgte sie auch die gewerkschaftlichen Fachvereine. Doch vermochte sie auch dieser Bewegung nicht Herr zu werden, obgleich sie mehrmals zu sehr brutalen, sich aber lächerlich auswirkenden Maßnahmen griff. Der Sommer 1888 brachte einen örtlichen Streik der Zimmerer, an dem 1200 Gesellen teilnahmen. Dieser Ausstand hatte noch ein gerichtliches Nachspiel zur Folge. Fünfzehn Streikende sollten sich der Rötigung und Behrohung Arbeitswilliger schuldig gemacht haben. Das Gericht verurteilte zwölf der Angeklagten zu insgesamt 16 Monaten und 28 Wochen Gefängnis. Den Fachvereinen wurden ständig die Lokale abgetrieben, so daß auch sie kaum wußten, wo sie ihre Versammlungen abhalten sollten.

Ebenso erstarrte sich die freireligiöse Gemeinde nach wie vor der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei, trafen sich doch bei

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Ihren Erbauungsvorträgen zahlreiche Parteigenossen. Diese Vorträge wurden polizeilich überwacht. Prediger Sützi's sollte das Kapellum beschlagnahmt haben und wurde auf Grund des § 116 St. G. B. angeklagt. Er mußte jedoch freigesprochen werden.

Mit antisozialdemokratischen Druckchriften glaubte man der Bewegung erfolgreich entgegenzutreten zu können. Wie aus den Geheimakten der Breslauer politischen Polizei festgestellt werden kann, machte die hiesige Polizeibehörde den Vorständen der evangelischen und katholischen Arbeitervereine von dem Erscheinen solcher Erzeugnisse Mitteilung und regte deren Verteilung an. Der Regierungspräsident Junker von Ober-Conrenz sorgte für hohe Kabattätze, beim Bezuge dieser Broschüren.

In einem Geheimverlaß an den schlesischen Oberpräsidenten v. Seydewitz machte der Minister diesen aufmerksam, daß die Sozialdemokratie den ausgeschobenen Rekruten in neuerer Zeit den Rat erteile, die Erwerbung von Chargen als Gefreiter und Unteroffizier zu erstreben. Damit erhielten sie einen größeren Einfluß auf ihre Kameraden und Untergebenen, und dieser Einfluß solle zur Verbreitung sozialdemokratischer Ideen benutzt werden. Er forderte, daß Militärdienstpflichtige, die als Sozialdemokraten bekannt seien, den General-Kommandos namhaft gemacht würden. Herr v. Buttler mußte ganz genau, daß die Sozialdemokratie niemals an die ausgeschobenen Rekruten derartige Ratsschlüsse erteilt hat, doch mußten unsere jugendlichen Genossen aus anderen Gründen als „Rote“ bezeichnet werden. Mancher unserer Genossen hat beim deutschen Militarismus schwer unter dieser Brandmarke zu leiden gehabt und der Selbstmord so mancher jungen Soldaten dürfte darauf zurückzuführen gewesen sein.

Als der „Bund deutscher Schmeldeinnungen“ seine Tätigkeit auch auf den Breslauer Bezirk ausdehnte, ersuchte der Regierungspräsident den hiesigen Polizeipräsidenten, darauf zu achten, „ob etwa der genannte Bund andere Zwecke als die gesetzlich zulässigen verfolge“. Ausföhrungen seien sofort zur Anzeige zu bringen. Bald darauf erfolgte eine gleiche Warnung vor dem „Bund deutscher Perückenmacher- und Friseurinnungen“. Diese Klasse atmet doch eine recht übertriebene Vorsicht, und diese halten die guten Zünftler doch wahrlich nicht verdient!

Doch alle diese Verfolgungen und Schikanen konnten die Arbeit unserer Breslauer Genossen nicht aufhalten, sie entsandten trotz Polizei und Ausnahmegegesetzgebung für den verstorbenen Genossen Kräder den Sozialdemokraten August Kühn aus Langenbielau als ihren Vertreter in den Reichstag.

Keuzzeichen für falsche 50-Pfennig-Stücke.

Die Pressestelle der Regierung in Wien teilt mit: Die unlängst zur Ausgabe gekommenen 50-Pf.-Stücke aus Reinmetall werden bereits gefälscht. Die Münzdirektion Berlin macht deshalb auf die magnetische Eigenschaft der neuen Münzsorte aufmerksam. Da eine Nachahmung mittels Reinmetall aus technischen Gründen nicht in Betracht kommt, auch das gleichfalls magnetische Eisen als Ersatzmetall aus demselben Grunde ausgeschlossen, wird jedes falsche 50-Pfennigstück an dem Fehlen der magnetischen Eigenschaft von jedermann mit Leichtigkeit zu erkennen sein.

Abgabe der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatz-Steuererklärung.

Wie der Hansa-Bund erfährt, hat der Reichsminister der Finanzen durch Verordnung vom 22. Dezember 1927 als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für die Frühjahrsveranlagung 1928 die Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928 bestimmt. Dasselbe gilt auch für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Umsatzsteuer für die Frühjahrsveranlagung 1928 bestimmt worden.

* Der „Jugendklub Breslau“ beginnt am Sonntag, den 8. Januar, wieder mit seinen regelmäßigen Abendstunden. Alle Mädchen und Jungen finden sich um 10 Uhr in der Aula des Heiligen-Geist-Gymnasiums ein und bringen noch ein neues Jugendmitglied mit.

* Die Delli-Veranstaltung. Wie wir von der Delli-Veranstaltung wissen, haben die Herren Gebrüder Hildberg, die bereits fünf Mal in Breslau (Gloria-Palast, Kritik-Palast, Delli- und Fest-Halle, Mattheus-Ring) bestanden, nun auch die Delli-Halle m. B. H. erworben und die Direktion des (vom Prof. Hans Boelzig erbauten) Delli-Theaters mit Wirkung vom 1. Januar übernommen, auch das Gauderhaus der Reichs-Veranstaltung Breslau dürfte in Kürze zu erwarten sein. Dazu befinden sich alle in letzter Zeit erworbenen modernen Lichtspielhäuser (Kritik-Palast, Delli-Theater und Gloria-Palast), die sämtlich unter der Leitung der Herren Hildberg stehen, in einer Hand.

* Deutsche Friedensliga. Professor Ludwig Lindbe spricht am 19. Januar in der Herrmann-Vogel, abends 8 Uhr, zu Ehren von Gen. v. Heibergs 70. Geburtstag.

* Im Zoo ist diesen Sonntag blühiger Tag. Eintrittspreis 50 Pfennige, für Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.

* Auf der Eisbahn am Königsplatz ist Freitag, 6. Januar, Kostümfest mit szenischer Beleuchtung. (Siehe Inserat.)

* Große Schenkung an den Hof findet Sonntag, den 8. Januar, 15 Uhr, auf der Eisbahn des Breslauer Eisstadions an der Viehhofstraße statt. Es nehmen an diesem Fest alle Kunstläufer und Kunstkletterer des Breslauer Eislaufvereins teil.

* Die Feuergruppe des Centralverbandes hiesiger Handwerker veranlaßt am 25. Dezember 1927 für die hiesigen Handwerker eine Choralabteilung. Kapellmeister Herrmann veranlaßt das Fest. Die Damen der Feuergruppe bewirten die 45 erkrankten Teilnehmer mit Kaffee und Kuchen, und jeder konnte eine kleine Schokolade, Bonbon und Zucker mit nach Hause nehmen. Geborgen von dieser Feier wurde eine große Anzahl bedürftiger Handwerkerfamilien mit Bekleidung, Schuhe und Schokolade ausgestattet. Zum Teil wurden die Kinder durch den Feuergruppenleiter selbst aufgezogen, zum anderen Teil haben viele hiesige Handwerker durch gütige Spenden die Entlohnung empfangen.

* Der durch den Centralverband veranlaßte große am Mittwoch abend in der Schloßstraße die hiesigen Handwerker, Handwerkergruppe 19 besteht. Es sollen Beschlüsse und Wege in der Handwerkergruppe eingeleitet werden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Bezirksamt: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36. Telefon: Ode 5852. Erweiterter Parteivorstand. Heute abend 8 Uhr wichtige Sitzung in der „Kritik-Palast“, Marktplan 1. Etage, links. Die Sitzung des erweiterten Parteivorstandes findet pünktlich 7 Uhr im Parteisekretariat statt. Die Kommission zur Vorbereitung der Beschlüsse tritt pünktlich 7.15 Uhr heute abend im Parteisekretariat zusammen. Mittwoch, Freitag abend 7.15 Uhr Funktionärslehre bei Kambor, Lemnitzstraße 27. Jungliche Parteigenossen an die Bezirksleiter. Mittwoch, Freitag, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärslehre bei Götz, Enderstraße. Mittwoch, Freitag, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärslehre bei Wolff, Hedwigstraße 15.

Jugendschlitten.

Januarprogramm. Sonntag, den 8. Januar: Früh 10 Uhr Funktionärslehre. 1. Wichtige Organisationsfragen. 2. Die Technik der Schlittenschlitten. Ort: Kurade. Abends 8 Uhr: Vortrag: „Die verurteilten Götter“. Ort: Gewerkschaftshaus. Freitag, den 13. Januar: Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften. Sonntag, den 14. Januar: „Wir ehren die Januarhelden“. Dienstag, den 15. Januar: Handlung. Dienstag, den 17. Januar: Generalversammlung. 1. Arbeitsberichte. 2. Bericht des Reichsausschusses in der Republik. Freitag, den 20. Januar: Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften. Sonntag, den 22. Januar: Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften. Mittwoch, den 23. Januar: Kampftageabend. Freitag, den 27. Januar: Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften. Sonntag, den 29. Januar: Ehrwürdige von der Jugendleiter der Sozialdemokratie.

Sozialistische Jugend.

Heute abend finden folgende Heimabende statt: Heim 1 (Kriegsheim). Heim-Mitgliederbesprechung. Heim 2 (Kriegsheim). Heim-Mitgliederbesprechung. Heim 3 (Kriegsheim). Heim-Mitgliederbesprechung. Heim 4 (Kriegsheim). Heute abend, pünktlich 8 Uhr: Jahresversammlung. Als Beamte haben zu erscheinen. 10 Pf. für das Theater sind mitzubringen. Sonntag vormittag gehen wir auf Halbtagsschlitten. Abends Volksbühne. Heimabend findet nicht statt. Heim 5 (Kriegsheim). Heute abend Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: 1. Berichte und Neuigkeiten. 2. Ausprobieren über Bezirksleiter. 3. Bericht des Reichsausschusses. 4. Beschlüsse für das Theatertheater. 5. Beschlüsse für die Jugend. 6. Beschlüsse für die Jugend. 7. Beschlüsse für die Jugend. 8. Beschlüsse für die Jugend. 9. Beschlüsse für die Jugend. 10. Beschlüsse für die Jugend. 11. Beschlüsse für die Jugend. 12. Beschlüsse für die Jugend. 13. Beschlüsse für die Jugend. 14. Beschlüsse für die Jugend. 15. Beschlüsse für die Jugend. 16. Beschlüsse für die Jugend. 17. Beschlüsse für die Jugend. 18. Beschlüsse für die Jugend. 19. Beschlüsse für die Jugend. 20. Beschlüsse für die Jugend. 21. Beschlüsse für die Jugend. 22. Beschlüsse für die Jugend. 23. Beschlüsse für die Jugend. 24. Beschlüsse für die Jugend. 25. Beschlüsse für die Jugend. 26. Beschlüsse für die Jugend. 27. Beschlüsse für die Jugend. 28. Beschlüsse für die Jugend. 29. Beschlüsse für die Jugend. 30. Beschlüsse für die Jugend. 31. Beschlüsse für die Jugend. 32. Beschlüsse für die Jugend. 33. Beschlüsse für die Jugend. 34. Beschlüsse für die Jugend. 35. Beschlüsse für die Jugend. 36. Beschlüsse für die Jugend. 37. Beschlüsse für die Jugend. 38. Beschlüsse für die Jugend. 39. Beschlüsse für die Jugend. 40. Beschlüsse für die Jugend. 41. Beschlüsse für die Jugend. 42. Beschlüsse für die Jugend. 43. Beschlüsse für die Jugend. 44. Beschlüsse für die Jugend. 45. Beschlüsse für die Jugend. 46. Beschlüsse für die Jugend. 47. Beschlüsse für die Jugend. 48. Beschlüsse für die Jugend. 49. Beschlüsse für die Jugend. 50. Beschlüsse für die Jugend. 51. Beschlüsse für die Jugend. 52. Beschlüsse für die Jugend. 53. Beschlüsse für die Jugend. 54. Beschlüsse für die Jugend. 55. Beschlüsse für die Jugend. 56. Beschlüsse für die Jugend. 57. Beschlüsse für die Jugend. 58. Beschlüsse für die Jugend. 59. Beschlüsse für die Jugend. 60. Beschlüsse für die Jugend. 61. Beschlüsse für die Jugend. 62. Beschlüsse für die Jugend. 63. Beschlüsse für die Jugend. 64. Beschlüsse für die Jugend. 65. Beschlüsse für die Jugend. 66. Beschlüsse für die Jugend. 67. Beschlüsse für die Jugend. 68. Beschlüsse für die Jugend. 69. Beschlüsse für die Jugend. 70. Beschlüsse für die Jugend. 71. Beschlüsse für die Jugend. 72. Beschlüsse für die Jugend. 73. Beschlüsse für die Jugend. 74. Beschlüsse für die Jugend. 75. Beschlüsse für die Jugend. 76. Beschlüsse für die Jugend. 77. Beschlüsse für die Jugend. 78. Beschlüsse für die Jugend. 79. Beschlüsse für die Jugend. 80. Beschlüsse für die Jugend. 81. Beschlüsse für die Jugend. 82. Beschlüsse für die Jugend. 83. Beschlüsse für die Jugend. 84. Beschlüsse für die Jugend. 85. Beschlüsse für die Jugend. 86. Beschlüsse für die Jugend. 87. Beschlüsse für die Jugend. 88. Beschlüsse für die Jugend. 89. Beschlüsse für die Jugend. 90. Beschlüsse für die Jugend. 91. Beschlüsse für die Jugend. 92. Beschlüsse für die Jugend. 93. Beschlüsse für die Jugend. 94. Beschlüsse für die Jugend. 95. Beschlüsse für die Jugend. 96. Beschlüsse für die Jugend. 97. Beschlüsse für die Jugend. 98. Beschlüsse für die Jugend. 99. Beschlüsse für die Jugend. 100. Beschlüsse für die Jugend. 101. Beschlüsse für die Jugend. 102. Beschlüsse für die Jugend. 103. Beschlüsse für die Jugend. 104. Beschlüsse für die Jugend. 105. Beschlüsse für die Jugend. 106. Beschlüsse für die Jugend. 107. Beschlüsse für die Jugend. 108. Beschlüsse für die Jugend. 109. Beschlüsse für die Jugend. 110. Beschlüsse für die Jugend. 111. Beschlüsse für die Jugend. 112. Beschlüsse für die Jugend. 113. Beschlüsse für die Jugend. 114. Beschlüsse für die Jugend. 115. Beschlüsse für die Jugend. 116. Beschlüsse für die Jugend. 117. Beschlüsse für die Jugend. 118. Beschlüsse für die Jugend. 119. Beschlüsse für die Jugend. 120. Beschlüsse für die Jugend. 121. Beschlüsse für die Jugend. 122. Beschlüsse für die Jugend. 123. Beschlüsse für die Jugend. 124. Beschlüsse für die Jugend. 125. Beschlüsse für die Jugend. 126. Beschlüsse für die Jugend. 127. Beschlüsse für die Jugend. 128. Beschlüsse für die Jugend. 129. Beschlüsse für die Jugend. 130. Beschlüsse für die Jugend. 131. Beschlüsse für die Jugend. 132. Beschlüsse für die Jugend. 133. Beschlüsse für die Jugend. 134. Beschlüsse für die Jugend. 135. Beschlüsse für die Jugend. 136. Beschlüsse für die Jugend. 137. Beschlüsse für die Jugend. 138. Beschlüsse für die Jugend. 139. Beschlüsse für die Jugend. 140. Beschlüsse für die Jugend. 141. Beschlüsse für die Jugend. 142. Beschlüsse für die Jugend. 143. Beschlüsse für die Jugend. 144. Beschlüsse für die Jugend. 145. Beschlüsse für die Jugend. 146. Beschlüsse für die Jugend. 147. Beschlüsse für die Jugend. 148. Beschlüsse für die Jugend. 149. Beschlüsse für die Jugend. 150. Beschlüsse für die Jugend. 151. Beschlüsse für die Jugend. 152. Beschlüsse für die Jugend. 153. Beschlüsse für die Jugend. 154. Beschlüsse für die Jugend. 155. Beschlüsse für die Jugend. 156. Beschlüsse für die Jugend. 157. Beschlüsse für die Jugend. 158. Beschlüsse für die Jugend. 159. Beschlüsse für die Jugend. 160. Beschlüsse für die Jugend. 161. Beschlüsse für die Jugend. 162. Beschlüsse für die Jugend. 163. Beschlüsse für die Jugend. 164. Beschlüsse für die Jugend. 165. Beschlüsse für die Jugend. 166. Beschlüsse für die Jugend. 167. Beschlüsse für die Jugend. 168. Beschlüsse für die Jugend. 169. Beschlüsse für die Jugend. 170. Beschlüsse für die Jugend. 171. Beschlüsse für die Jugend. 172. Beschlüsse für die Jugend. 173. Beschlüsse für die Jugend. 174. Beschlüsse für die Jugend. 175. Beschlüsse für die Jugend. 176. Beschlüsse für die Jugend. 177. Beschlüsse für die Jugend. 178. Beschlüsse für die Jugend. 179. Beschlüsse für die Jugend. 180. Beschlüsse für die Jugend. 181. Beschlüsse für die Jugend. 182. Beschlüsse für die Jugend. 183. Beschlüsse für die Jugend. 184. Beschlüsse für die Jugend. 185. Beschlüsse für die Jugend. 186. Beschlüsse für die Jugend. 187. Beschlüsse für die Jugend. 188. Beschlüsse für die Jugend. 189. Beschlüsse für die Jugend. 190. Beschlüsse für die Jugend. 191. Beschlüsse für die Jugend. 192. Beschlüsse für die Jugend. 193. Beschlüsse für die Jugend. 194. Beschlüsse für die Jugend. 195. Beschlüsse für die Jugend. 196. Beschlüsse für die Jugend. 197. Beschlüsse für die Jugend. 198. Beschlüsse für die Jugend. 199. Beschlüsse für die Jugend. 200. Beschlüsse für die Jugend. 201. Beschlüsse für die Jugend. 202. Beschlüsse für die Jugend. 203. Beschlüsse für die Jugend. 204. Beschlüsse für die Jugend. 205. Beschlüsse für die Jugend. 206. Beschlüsse für die Jugend. 207. Beschlüsse für die Jugend. 208. Beschlüsse für die Jugend. 209. Beschlüsse für die Jugend. 210. Beschlüsse für die Jugend. 211. Beschlüsse für die Jugend. 212. Beschlüsse für die Jugend. 213. Beschlüsse für die Jugend. 214. Beschlüsse für die Jugend. 215. Beschlüsse für die Jugend. 216. Beschlüsse für die Jugend. 217. Beschlüsse für die Jugend. 218. Beschlüsse für die Jugend. 219. Beschlüsse für die Jugend. 220. Beschlüsse für die Jugend. 221. Beschlüsse für die Jugend. 222. Beschlüsse für die Jugend. 223. Beschlüsse für die Jugend. 224. Beschlüsse für die Jugend. 225. Beschlüsse für die Jugend. 226. Beschlüsse für die Jugend. 227. Beschlüsse für die Jugend. 228. Beschlüsse für die Jugend. 229. Beschlüsse für die Jugend. 230. Beschlüsse für die Jugend. 231. Beschlüsse für die Jugend. 232. Beschlüsse für die Jugend. 233. Beschlüsse für die Jugend. 234. Beschlüsse für die Jugend. 235. Beschlüsse für die Jugend. 236. Beschlüsse für die Jugend. 237. Beschlüsse für die Jugend. 238. Beschlüsse für die Jugend. 239. Beschlüsse für die Jugend. 240. Beschlüsse für die Jugend. 241. Beschlüsse für die Jugend. 242. Beschlüsse für die Jugend. 243. Beschlüsse für die Jugend. 244. Beschlüsse für die Jugend. 245. Beschlüsse für die Jugend. 246. Beschlüsse für die Jugend. 247. Beschlüsse für die Jugend. 248. Beschlüsse für die Jugend. 249. Beschlüsse für die Jugend. 250. Beschlüsse für die Jugend. 251. Beschlüsse für die Jugend. 252. Beschlüsse für die Jugend. 253. Beschlüsse für die Jugend. 254. Beschlüsse für die Jugend. 255. Beschlüsse für die Jugend. 256. Beschlüsse für die Jugend. 257. Beschlüsse für die Jugend. 258. Beschlüsse für die Jugend. 259. Beschlüsse für die Jugend. 260. Beschlüsse für die Jugend. 261. Beschlüsse für die Jugend. 262. Beschlüsse für die Jugend. 263. Beschlüsse für die Jugend. 264. Beschlüsse für die Jugend. 265. Beschlüsse für die Jugend. 266. Beschlüsse für die Jugend. 267. Beschlüsse für die Jugend. 268. Beschlüsse für die Jugend. 269. Beschlüsse für die Jugend. 270. Beschlüsse für die Jugend. 271. Beschlüsse für die Jugend. 272. Beschlüsse für die Jugend. 273. Beschlüsse für die Jugend. 274. Beschlüsse für die Jugend. 275. Beschlüsse für die Jugend. 276. Beschlüsse für die Jugend. 277. Beschlüsse für die Jugend. 278. Beschlüsse für die Jugend. 279. Beschlüsse für die Jugend. 280. Beschlüsse für die Jugend. 281. Beschlüsse für die Jugend. 282. Beschlüsse für die Jugend. 283. Beschlüsse für die Jugend. 284. Beschlüsse für die Jugend. 285. Beschlüsse für die Jugend. 286. Beschlüsse für die Jugend. 287. Beschlüsse für die Jugend. 288. Beschlüsse für die Jugend. 289. Beschlüsse für die Jugend. 290. Beschlüsse für die Jugend. 291. Beschlüsse für die Jugend. 292. Beschlüsse für die Jugend. 293. Beschlüsse für die Jugend. 294. Beschlüsse für die Jugend. 295. Beschlüsse für die Jugend. 296. Beschlüsse für die Jugend. 297. Beschlüsse für die Jugend. 298. Beschlüsse für die Jugend. 299. Beschlüsse für die Jugend. 300. Beschlüsse für die Jugend. 301. Beschlüsse für die Jugend. 302. Beschlüsse für die Jugend. 303. Beschlüsse für die Jugend. 304. Beschlüsse für die Jugend. 305. Beschlüsse für die Jugend. 306. Beschlüsse für die Jugend. 307. Beschlüsse für die Jugend. 308. Beschlüsse für die Jugend. 309. Beschlüsse für die Jugend. 310. Beschlüsse für die Jugend. 311. Beschlüsse für die Jugend. 312. Beschlüsse für die Jugend. 313. Beschlüsse für die Jugend. 314. Beschlüsse für die Jugend. 315. Beschlüsse für die Jugend. 316. Beschlüsse für die Jugend. 317. Beschlüsse für die Jugend. 318. Beschlüsse für die Jugend. 319. Beschlüsse für die Jugend. 320. Beschlüsse für die Jugend. 321. Beschlüsse für die Jugend. 322. Beschlüsse für die Jugend. 323. Beschlüsse für die Jugend. 324. Beschlüsse für die Jugend. 325. Beschlüsse für die Jugend. 326. Beschlüsse für die Jugend. 327. Beschlüsse für die Jugend. 328. Beschlüsse für die Jugend. 329. Beschlüsse für die Jugend. 330. Beschlüsse für die Jugend. 331. Beschlüsse für die Jugend. 332. Beschlüsse für die Jugend. 333. Beschlüsse für die Jugend. 334. Beschlüsse für die Jugend. 335. Beschlüsse für die Jugend. 336. Beschlüsse für die Jugend. 337. Beschlüsse für die Jugend. 338. Beschlüsse für die Jugend. 339. Beschlüsse für die Jugend. 340. Beschlüsse für die Jugend. 341. Beschlüsse für die Jugend. 342. Beschlüsse für die Jugend. 343. Beschlüsse für die Jugend. 344. Beschlüsse für die Jugend. 345. Beschlüsse für die Jugend. 346. Beschlüsse für die Jugend. 347. Beschlüsse für die Jugend. 348. Beschlüsse für die Jugend. 349. Beschlüsse für die Jugend. 350. Beschlüsse für die Jugend. 351. Beschlüsse für die Jugend. 352. Beschlüsse für die Jugend. 353. Beschlüsse für die Jugend. 354. Beschlüsse für die Jugend. 355. Beschlüsse für die Jugend. 356. Beschlüsse für die Jugend. 357. Beschlüsse für die Jugend. 358. Beschlüsse für die Jugend. 359. Beschlüsse für die Jugend. 360. Beschlüsse für die Jugend. 361. Beschlüsse für die Jugend. 362. Beschlüsse für die Jugend. 363. Beschlüsse für die Jugend. 364. Beschlüsse für die Jugend. 365. Beschlüsse für die Jugend. 366. Beschlüsse für die Jugend. 367. Beschlüsse für die Jugend. 368. Beschlüsse für die Jugend. 369. Beschlüsse für die Jugend. 370. Beschlüsse für die Jugend. 371. Beschlüsse für die Jugend. 372. Beschlüsse für die Jugend. 373. Beschlüsse für die Jugend. 374. Beschlüsse für die Jugend. 375. Beschlüsse für die Jugend. 376. Beschlüsse für die Jugend. 377. Beschlüsse für die Jugend. 378. Beschlüsse für die Jugend. 379. Beschlüsse für die Jugend. 380. Beschlüsse für die Jugend. 381. Beschlüsse für die Jugend. 382. Beschlüsse für die Jugend. 383. Beschlüsse für die Jugend. 384. Beschlüsse für die Jugend. 385. Beschlüsse für die Jugend. 386. Beschlüsse für die Jugend. 387. Beschlüsse für die Jugend. 388. Beschlüsse für die Jugend. 389. Beschlüsse für die Jugend. 390. Beschlüsse für die Jugend. 391. Beschlüsse für die Jugend. 392. Beschlüsse für die Jugend. 393. Beschlüsse für die Jugend. 394. Beschlüsse für die Jugend. 395. Beschlüsse für die Jugend. 396. Beschlüsse für die Jugend. 397. Beschlüsse für die Jugend. 398. Beschlüsse für die Jugend. 399. Beschlüsse für die Jugend. 400. Beschlüsse für die Jugend. 401. Beschlüsse für die Jugend. 402. Beschlüsse für die Jugend. 403. Beschlüsse für die Jugend. 404. Beschlüsse für die Jugend. 405. Beschlüsse für die Jugend. 406. Beschlüsse für die Jugend. 407. Beschlüsse für die Jugend. 408. Beschlüsse für die Jugend. 409. Beschlüsse für die Jugend. 410. Beschlüsse für die Jugend. 411. Beschlüsse für die Jugend. 412. Beschlüsse für die Jugend. 413. Beschlüsse für die Jugend. 414. Beschlüsse für die Jugend. 415. Beschlüsse für die Jugend. 416. Beschlüsse für die Jugend. 417. Beschlüsse für die Jugend. 418. Beschlüsse für die Jugend. 419. Beschlüsse für die Jugend. 420. Beschlüsse für die Jugend. 421. Beschlüsse für die Jugend. 422. Beschlüsse für die Jugend. 423. Beschlüsse für die Jugend. 424. Beschlüsse für die Jugend. 425. Beschlüsse für die Jugend. 426. Beschlüsse für die Jugend. 427. Beschlüsse für die Jugend. 428. Beschlüsse für die Jugend. 429. Beschlüsse für die Jugend. 430. Beschlüsse für die Jugend. 431. Beschlüsse für die Jugend. 432. Beschlüsse für die Jugend. 433. Beschlüsse für die Jugend. 434. Beschlüsse für die Jugend. 435. Beschlüsse für die Jugend. 436. Beschlüsse für die Jugend. 437. Beschlüsse für die Jugend. 438. Beschlüsse für die Jugend. 439. Beschlüsse für die Jugend. 440. Beschlüsse für die Jugend. 441. Beschlüsse für die Jugend. 442. Beschlüsse für die Jugend. 443. Beschlüsse für die Jugend. 444. Beschlüsse für die Jugend. 445. Beschlüsse für die Jugend. 446. Beschlüsse für die Jugend. 447. Beschlüsse für die Jugend. 448. Beschlüsse für die Jugend. 449. Beschlüsse für die Jugend. 450. Beschlüsse für die Jugend. 451. Beschlüsse für die Jugend. 452. Beschlüsse für die Jugend. 453. Beschlüsse für die Jugend. 454. Beschlüsse für die Jugend. 455. Beschlüsse für die Jugend. 456. Beschlüsse für die Jugend. 457. Beschlüsse für die Jugend. 458. Beschlüsse für die Jugend. 459. Beschlüsse für die Jugend. 460. Beschlüsse für die Jugend. 461. Beschlüsse für die Jugend. 462. Beschlüsse für die Jugend. 463. Beschlüsse für die Jugend. 464. Beschlüsse für die Jugend. 465. Beschlüsse für die Jugend. 466. Beschlüsse für die Jugend. 467. Beschlüsse für die Jugend. 468. Beschlüsse für die Jugend. 469. Beschlüsse für die Jugend. 470. Beschlüsse für die Jugend. 471. Beschlüsse für die Jugend. 472. Beschlüsse für die Jugend. 473. Beschlüsse für die Jugend. 474. Beschlüsse für die Jugend. 475. Beschlüsse für die Jugend. 476. Beschlüsse für die Jugend. 477. Beschlüsse für die Jugend. 478. Beschlüsse für die Jugend. 479. Beschlüsse für die Jugend. 480. Beschlüsse für die Jugend. 481. Beschlüsse für die Jugend. 482. Beschlüsse für die Jugend. 483. Beschlüsse für die Jugend. 484. Beschlüsse für die Jugend. 485. Beschlüsse für die Jugend. 486. Beschlüsse für die Jugend. 487. Beschlüsse für die Jugend. 488. Beschlüsse für die Jugend. 489. Beschlüsse für die Jugend. 490. Beschlüsse für die Jugend. 491. Beschlüsse für die Jugend. 492. Beschlüsse für die Jugend. 493. Beschlüsse für die Jugend. 494. Beschlüsse für die Jugend. 495. Beschlüsse für die Jugend. 496. Beschlüsse für die Jugend. 497. Beschlüsse für die Jugend. 498. Beschlüsse für die Jugend. 499. Beschlüsse für die Jugend. 500. Beschlüsse für die Jugend. 501. Beschlüsse für die Jugend. 502. Beschlüsse für die Jugend. 503. Beschlüsse für die Jugend. 504. Beschlüsse für die Jugend. 505. Beschlüsse für die Jugend. 506. Beschlüsse für die Jugend. 507. Beschlüsse für die Jugend. 508. Beschlüsse für die Jugend. 509. Beschlüsse für die Jugend. 510. Beschlüsse für die Jugend. 511. Beschlüsse für die Jugend. 512. Beschlüsse für die Jugend. 513. Beschlüsse für die Jugend. 514. Beschlüsse für die Jugend. 515. Beschlüsse für die Jugend. 516. Beschlüsse für die Jugend. 517. Beschlüsse für die Jugend. 518. Beschlüsse für die Jugend. 519. Beschlüsse für die Jugend. 520. Beschlüsse für die Jugend. 521. Beschlüsse für die Jugend. 522. Beschlüsse für die Jugend. 523. Beschlüsse für die Jugend. 524. Beschlüsse für die Jugend. 525. Beschlüsse für die Jugend. 526. Beschlüsse für die Jugend. 527. Beschlüsse für die Jugend. 528. Beschlüsse für die Jugend. 529. Beschlüsse für die Jugend. 530. Beschlüsse für die Jugend. 531. Beschlüsse für die Jugend. 532. Beschlüsse für die Jugend. 533. Beschlüsse für die Jugend. 534. Beschlüsse für die Jugend. 535. Beschlüsse für die Jugend. 536. Beschlüsse für die Jugend. 537. Beschlüsse für die Jugend. 538. Beschlüsse für die Jugend. 539. Beschlüsse für die Jugend. 540. Beschlüsse für die Jugend. 541. Beschlüsse für die Jugend. 542. Beschlüsse für die Jugend. 543. Beschlüsse für die Jugend. 544. Beschlüsse für die Jugend. 545. Beschlüsse für die Jugend. 546. Beschlüsse für die Jugend. 547. Beschlüsse für die Jugend. 548. Beschlüsse für die Jugend. 549. Beschlüsse für die Jugend. 550. Beschlüsse für die Jugend. 551. Beschlüsse für die Jugend. 552. Beschlüsse für die Jugend. 553. Beschlüsse für die Jugend. 554. Beschlüsse für die Jugend. 555. Beschlüsse für die Jugend. 556. Beschlüsse für die Jugend. 557. Beschlüsse für die Jugend. 558. Beschlüsse für die Jugend. 559. Beschlüsse für die Jugend. 560. Beschlüsse für die Jugend. 561. Beschlüsse für die Jugend. 562. Beschlüsse für die Jugend. 563. Beschlüsse für die Jugend. 564. Beschlüsse für die Jugend. 565. Beschlüsse für die Jugend. 566. Beschlüsse für die Jugend. 567. Beschlüsse für die Jugend. 568. Beschlüsse für die Jugend. 569. Beschlüsse für die Jugend. 570. Beschlüsse für die Jugend. 571. Beschlüsse für die Jugend. 572. Beschlüsse für die Jugend. 573. Beschlüsse für die Jugend. 574. Beschlüsse für die Jugend. 575. Beschlüsse für die Jugend. 576. Beschlüsse für die Jugend. 577. Beschlüsse für die Jugend. 578. Beschlüsse für die Jugend. 579. Beschlüsse für die Jugend. 580. Beschlüsse für die Jugend. 581. Beschlüsse für die Jugend. 582. Beschlüsse für die Jugend. 583. Beschlüsse für die Jugend. 584. Beschlüsse für die Jugend. 585. Beschlüsse für die Jugend. 586. Beschlüsse für die Jugend. 587. Beschlüsse für die Jugend. 588. Beschlüsse für die Jugend. 589. Beschlüsse für die Jugend. 590. Beschlüsse für die Jugend. 591. Beschlüsse für die Jugend. 592. Beschlüsse für die Jugend. 593. Beschlüsse für die Jugend. 594. Beschlüsse für die Jugend. 595. Beschlüsse für die Jugend. 596. Beschlüsse für die Jugend. 597. Beschlüsse für die Jugend. 598. Beschlüsse für die Jugend. 599. Beschlüsse für die Jugend. 600. Beschlüsse für die Jugend. 601. Beschlüsse für die Jugend. 602. Beschlüsse für die Jugend. 603. Beschlüsse für die Jugend. 604. Beschlüsse für die Jugend. 605. Beschlüsse für die Jugend. 606. Beschlüsse für die Jugend. 607. Beschlüsse für die Jugend. 608. Beschlüsse für die Jugend. 609. Beschlüsse für die Jugend. 610. Beschlüsse für die Jugend. 611. Beschlüsse für die Jugend. 612. Beschlüsse für die Jugend. 613. Beschlüsse für die Jugend. 614. Beschlüsse für die Jugend. 615. Beschlüsse für die Jugend. 616. Beschlüsse für die Jugend. 617. Beschlüsse für die Jugend. 618. Beschlüsse für die Jugend. 619. Beschlüsse für die Jugend. 620. Beschlüsse für die Jugend. 621. Beschlüsse für die Jugend. 622. Beschlüsse für die Jugend. 623. Beschlüsse für die Jugend. 624. Beschlüsse für die Jugend. 625. Beschlüsse für die Jugend. 626. Beschlüsse für die Jugend. 627. Beschlüsse für die Jugend. 628. Beschlüsse für die Jugend. 629. Beschlüsse für die Jugend. 630. Beschlüsse für die Jugend. 631. Beschlüsse für die Jugend. 632. Beschlüsse für die Jugend. 633. Beschlüsse für die Jugend. 634. Beschlüsse für die Jugend. 635. Beschlüsse für die Jugend. 636. Beschlüsse für die Jugend. 637. Beschlüsse für die Jugend. 638. Beschlüsse für die Jugend. 639. Beschlüsse für die Jugend. 640. Beschlüsse für die Jugend. 641. Beschlüsse für die Jugend. 642. Beschlüsse für die Jugend. 643. Beschlüsse für die Jugend. 644. Beschlüsse für die Jugend. 645. Beschlüsse für die Jugend. 646. Beschlüsse für die Jugend. 647. Beschlüsse für die Jugend. 648. Beschlüsse für die Jugend. 649. Beschlüsse für die Jugend. 650. Beschlüsse für die Jugend. 651. Beschlüsse für die Jugend. 652. Beschlüsse für die Jugend. 653. Beschlüsse für die Jugend. 654. Beschlüsse für die Jugend. 655. Beschlüsse für die Jugend. 656. Beschlüsse für die Jugend. 657. Beschlüsse für die Jugend. 658. Beschlüsse für die Jugend. 659. Beschlüsse für die Jugend. 660. Beschlüsse für die Jugend. 661. Beschlüsse für die Jugend. 662. Beschlüsse für die Jugend. 663. Beschlüsse für die Jugend. 664. Beschlüsse für die Jugend. 665. Beschlüsse für die Jugend. 666. Beschlüsse für die Jugend. 667. Beschlüsse für die Jugend. 668. Beschlüsse für die Jugend. 669. Beschlüsse für die Jugend. 670. Beschlüsse für die Jugend. 671. Beschlüsse für die Jugend. 672. Beschlüsse für die Jugend. 673. Beschlüsse für die Jugend. 674. Beschlüsse für die Jugend. 675. Beschlüsse für die Jugend. 676. Beschlüsse für die Jugend. 677. Beschlüsse für die Jugend. 678. Beschlüsse für die Jugend. 679. Beschlüsse für die Jugend. 680. Beschlüsse für die Jugend. 681. Beschlüsse für die Jugend. 682. Beschlüsse für die Jugend. 683. Beschlüsse für die Jugend. 684. Beschlüsse für die Jugend. 685. Beschlüsse für die Jugend. 686. Beschlüsse für die Jugend. 687. Beschlüsse für die Jugend. 688. Beschlüsse für die Jugend. 689. Beschlüsse für die Jugend. 690. Beschlüsse für die Jugend. 691. Beschlüsse für die Jugend. 692. Beschlüsse für die Jugend. 693. Beschlüsse für die Jugend. 694. Beschlüsse für die Jugend. 695. Beschlüsse für die Jugend. 696. Beschlüsse für die Jugend. 697. Beschlüsse für die Jugend. 698. Beschlüsse für die Jugend. 699. Beschlüsse für die Jugend. 700. Beschlüsse für die Jugend. 701. Beschlüsse für die Jugend. 702. Beschlüsse für die Jugend. 703. Beschlüsse für die Jugend. 704. Beschlüsse für die Jugend. 705. Beschlüsse für die Jugend. 706. Beschlüsse für die Jugend. 707. Beschlüsse für die Jugend. 708. Beschlüsse für die Jugend. 709. Beschlüsse für die Jugend. 710. Beschlüsse für die Jugend. 711. Beschlüsse für die Jugend. 712. Beschlüsse für die Jugend. 713. Beschlüsse für die Jugend. 714. Beschlüsse für die Jugend. 715. Beschlüsse für die Jugend. 716. Beschlüsse für die Jugend. 717. Beschlüsse für die Jugend. 718. Beschlüsse für die Jugend. 719. Beschlüsse für die Jugend. 720. Beschlüsse für die Jugend. 721. Beschlüsse für die Jugend. 722. Beschlüsse für die Jugend. 723. Beschlüsse für die Jugend. 724. Beschlüsse für die Jugend. 725. Beschlüsse für die Jugend. 726. Beschlüsse für die Jugend. 727. Beschlüsse für die Jugend. 728. Beschlüsse für die Jugend. 729. Beschlüsse für die Jugend. 730. Beschlüsse für die Jugend. 731. Beschlüsse für die Jugend. 732. Beschlüsse für die Jugend. 733. Beschlüsse für die Jugend. 734. Beschlüsse für die Jugend. 735. Beschlüsse für die Jugend. 736. Beschlüsse für die Jugend. 737. Beschlüsse für die Jugend. 738. Beschlüsse für die Jugend. 739. Beschlüsse für die Jugend. 740. Beschlüsse für die Jugend. 741. Beschlüsse für die Jugend. 742. Beschlüsse für die Jugend. 743. Beschlüsse für die Jugend. 744. Beschlüsse für die Jugend. 745. Beschlüsse für die Jugend. 746. Beschlüsse für die Jugend. 747. Beschlüsse für die Jugend. 748. Beschlüsse für die Jugend. 749. Beschlüsse für die Jugend. 750. Beschlüsse für die Jugend. 751. Beschlüsse für die Jugend. 752. Beschlüsse für die Jugend. 753. Beschlüsse für die Jugend. 754. Beschlüsse für die Jugend. 755. Beschlüsse für die Jugend. 756. Beschlüsse für die Jugend. 757. Beschlüsse für die Jugend. 758. Beschlüsse für die Jugend. 759. Beschlüsse für die Jugend. 760. Beschlüsse für die Jugend. 761. Beschlüsse für die Jugend. 762. Beschlüsse für die Jugend. 763. Beschlüsse für die Jugend. 764. Beschlüsse für die Jugend. 765. Beschlüsse für die Jugend. 766. Beschlüsse für die Jugend. 767. Beschlüsse für die Jugend. 768. Beschlüsse für die Jugend. 769. Beschlüsse für die Jugend. 770. Beschlüsse für die Jugend. 771. Beschlüsse für die Jugend. 772. Beschlüsse für die Jugend. 773. Beschlüsse für die Jugend. 774. Beschlüsse für die Jugend. 775. Beschlüsse für die Jugend. 776. Beschlüsse für die Jugend. 777. Beschlüsse für die Jugend. 778. Beschlüsse für die Jugend. 779. Beschlüsse für die Jugend. 780. Beschlüsse für die Jugend. 781. Beschlüsse für die Jugend. 782. Beschlüsse für die Jugend. 783. Beschlüsse für die Jugend. 784. Beschlüsse für die Jugend. 785. Beschlüsse für die Jugend. 786. Beschlüsse für die Jugend. 787. Beschlüsse für die Jugend. 788. Beschlüsse für die Jugend. 789. Beschlüsse für die Jugend. 790. Beschlüsse für die Jugend. 791. Beschlüsse für die Jugend. 792. Beschlüsse für die Jugend. 793. Beschlüsse für die Jugend. 794. Beschlüsse für die Jugend. 795. Beschlüsse für die Jugend. 796. Beschlüsse für die Jugend. 797. Beschlüsse für die Jugend. 798. Beschlüsse für die Jugend. 799. Beschlüsse für die Jugend. 800. Beschlüsse für die Jugend. 801. Beschlüsse für die Jugend. 802. Beschlüsse für die Jugend. 803

Aus Schlessen.

Noch einmal „Selbsthilfe“.

Die öffentlichen Gelder werden zurückgezahlt. — Maßnahmen gegen Herrn Krüger. — Der Landeshauptmann gerügt.

In verschiedenen Anfragen sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter wurde, wie unseren Lesern bekannt ist, die Befürchtung ausgesprochen, daß die von den schlesischen Provinzialanstalten der „Selbsthilfe“ vorgeschossenen Gelder verloren seien und gegen das Geschäftsgedehnen des ehemaligen Direktors Krüger Stellung genommen. Wie nun der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des Innenministeriums entnimmt, wurden die an die „Selbsthilfe“ gewährten Vorschüsse von über zwei Millionen Mark aus den Einnahmen der „Selbsthilfe“ ungefähr auf die Hälfte zurückgeführt. Die volle Abdeckung wurde durch den Spitzenverband der öffentlichen Versicherungsanstalten, der die Forderungen gegen die „Selbsthilfe“ treuhänderisch verwaltet, garantiert. Gegen den Generaldirektor Dr. Krüger wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet und die Amtsispension verfügt. Das Verfahren mußte jedoch wegen der eingeleiteten gerichtlichen Voruntersuchung ausgesetzt werden.

Dem Landeshauptmann von Thier hat der Minister wegen der mangelnden Kontrolle der vom Provinzialausschuß beschlossenen Landtatsbegrenzung Dr. Krügers bei der „Selbsthilfe“ entsprechende Vorhaltungen gemacht, jedoch wurden diese Landtatsbegrenzung als der Landeshauptmann dem Aufsichtsrat der „Selbsthilfe“ noch nicht angehört. Wegen der bei der Verbindung der Provinzialanstalt mit der „Selbsthilfe“ vorgenommenen Sitzungsverlegungen hat der Minister dem Landeshauptmann von Thier ebenfalls die erforderlichen Eröffnungen gemacht.

Alfred Kerr's 60. Geburtstag.

Alfred Kerr, der aus Breslau stammende bekannte deutsche Theaterkritiker, feierte am 25. Dezember seinen 60. Geburtstag im Riesengebirge. Unter der zahlreichen Schar der Gratulanten befanden sich Glückwünsche vom Minister des Innern Grafen v. Helldorf, Reichstagspräsidenten Lohse, Kultusminister Beder und Oberbürgermeister Voss-Berlin.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Schwerer Unglücksfall auf dem Hirschberger Bahnhof.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern auf dem Hirschberger Hauptbahnhof. Drei Monteur waren an der Hochspannungsleitung beschäftigt. Dabei fiel ein mehrere Zentner schwerer Träger um. Der Monteur Paul Zimmer wurde getötet, der Schlosser Bruno Kengel schwer und der dritte Monteur leicht verletzt.

Wild-West in Ostoberschlesien.

Kampf mit maskierten Banditen.

Auf die Stationskasse des Ortes Jankowice bei Rattowitz wurde von bewaffneten maskierten Banditen ein Überfall verübt. Die Wachsamkeit der Eisenbahnbeamten vereitelte jedoch das Verbrechen. Die Verbrecher wurden in Eigenbau von der Polizeibehörde gefasst; es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, wobei der seit mehreren Monaten bereits gefugte Verbrecher Zielski und ein gewisser Golsch erschossen wurden, während ein dritter Bandit, namens Jekaja schwer verletzt wurde. Ein vierter Verbrecher konnte festgenommen werden. Außer dem Verbrecher Rasprzik, der sich freiwillig ergab, wurden weiter noch drei Männer und zwei Frauen festgenommen. In den Wohnungen der Verhafteten, die alle aus Eigenbau stammen, wurden Waffen und Einbruchswerkzeuge gefunden. Man erwartet weitere Verhaftungen in Eigenbau, die zur Unschädlichmachung einer seit längerer Zeit polnisch-Oberschlesien heimtückenden Verbrecherbande führen dürften.

Powstancy vor Gericht.

Am 15. Dezember 1926 wurde auf dem Bahnhof Laurahütte die Familie des Hütteningenieurs Zweigel von Mitgliedern des Aufständischen Verbandes schwer mißhandelt. Der Vorfall erregte lebhaftes Aufsehen, da allgemein angenommen wurde, daß der Ueberfall von den Powstancy systematisch durchgeführt worden war. Gegen die Täter, vier an der Zahl, wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, der sich Hütteningenieur Zweigel als Nebenkläger anschloß. Am Dienstag kam nun der Fall vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Rattowitz zur Verhandlung. Wegen schwerer Mißhandlung bzw. Körperverletzung hatten sich die Mitglieder des aufständischen Verbandes Brzezis, Kraszyl, Bohner und Blajczyk zu verantworten. Alle vier leugneten ihre Beteiligung, während die Familie Zweigel und eine Reihe anderer Zeugen sie auf das Bestimmteste als die Täter bezeichnen. Nach längerer Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen zwei der Angeklagten je zwei Monate Gefängnis, gegen einen anderen einen Monat und den vierten für Freisprechung. Das Gericht sprach überraschender Weise drei der Angeklagten frei und erkannte bei dem vierten auf nur drei Wochen Gefängnis.

Wegnis, Verkehrsunfall. In der Silberkernacht

wurde bei Pfaffenbrunn ein per Rad heimkehrender Mutter von einem falsch überholenden Auto überfahren. Glücklicher Weise kam der Ueberfahrene mit leichten Verletzungen und einem kaputten Rade davon. Die rücksichtslosen Autofahrer wurden festgenommen.

Wägenbau, Kreis Waldenburg. Im alten Jahr

nach ausgerissen. In der Silberkernacht hatte man den Anfall des hiesigen Gerichtsgefängnisses gestattet, etwas länger Licht zu brennen. Außerdem waren die Zellentüren nicht verschlossen worden, weil ein Gefangener an Krämpfen litt und es durch Offenhalten der Türen möglich gemacht werden sollte, ihm schnell Hilfe bringen zu können. Diese Freiheiten benutzten die Untersuchungsgefängenen, der Arbeiter Rudolf L. und der Zechner Johannes K., dazu, um die Stationstür aufzubrechen, die Eisenstäbe vor einem Fenster zu entfernen und sich an einer Nähmaschine auf die Straße herabzulassen. Bis jetzt konnten die beiden Ausreißer nicht wieder festgenommen werden. Ihre Wahrscheinlichkeit nach haben sie sich nach der Hochschlosserei gewandt.

Rothensand Kreis Landeshut. Eine brennende Benzolladung

Auf dem hiesigen Bahnhof war beim Rangieren ein Eisenbahnwagen verortet, gegen einen Brechbock gefahren, daß der dahinter stehende Mast der elektrischen Oberleitung zertrümmert wurde. Die Stromleitung zerfiel und fiel auf einen mit Benzolballons beladenen Wagon. Ein defekter Ballon explodierte und legte die übrige Ladung in Brand. Erst nachher ein unerschrockener Lokomotivführer den brennenden Wagon abgehängt hatte, gelang es der herbeigerufenen Rothensander Feuerwehr den Brand zu löschen und ein größeres Explosionsunglück zu verhüten.

Sandberg, Bergwerksgesellschaft. Der bei der Hiesigen

einige hiesige hiesige Steinbrucharbeiter habe sich selbst den Tod. Man erzählt, daß der Gedanke an seine Entlassung, die am 31. Dezember in Kraft treten sollte, ihn zu dem Schritt getrieben hat.

Landeshut. Um die Eingemeindung der Gemeinde Ober-Lepersdorf. Recht soll es endgültig die Eingemeindung Ober-Lepersdorfs nach Landeshut entscheiden, und zwar hat der Oberpräsident den Provinzialrat für Mitte Februar zur Beratung dieser Frage zusammenberufen. An der Sitzung nehmen unter anderem der Landeshuter Erste Bürgermeister und der Gemeindevorsteher von Ober-Lepersdorf teil. Gegen die Entscheidung des Provinzialrates ist Einspruch nicht mehr möglich.

Hirschberg. Unter den Eisenbahnzug geworfen hat sich auf der Strecke Schreiberhau-Hirschberg eine circa 50 Jahre alte Frau. Der Lokomotivführer des gegen 8 Uhr von Schreiberhau kommenden Zuges bemerkte vor Wormald, die Frau konnte den Zug jedoch nicht mehr zum Stehen bringen, als er beobachtete, daß sich die Lebensmüde auf die Gleise warf. Man konnte nur ihre Leiche bergen, während der Hund, den sie bei sich führte, unverfehrt blieb.

Bezirkskonferenz

der Sozialistischen Arbeiter-Jugend

Die diesjährige Bezirkskonferenz der mittelschlesischen Arbeiterjugend findet am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Ferienheim Striegau, statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht.
2. Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung. Referent Genosse Ollenauer-Berlin.
3. Anträge und Wahlen.
4. Verschiedenes.

Die Ortsgruppen werden gebeten, sich diesen Sonntag unbedingt frei zu halten und ihr Delegationsrecht auszuüben. Auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Angefangene 50 gelten als voll. Bis zum 10. Februar müssen Anträge der Ortsgruppen beim Bezirksvorstand eingereicht werden.

Der Bezirksvorstand: Ohlig.

Oberglöck. Ein großes Fehlernekt wurde hier durch das Grenzkommissariat Neustadt ausgehoben. Das Lager war sehr umfangreich, umfaßte nicht nur Hilfsmittel zur Viehhaltung, Galanterie, Glas- und Porzellanwaren, sondern auch eine Schreibmaschine, Marke „Urania“, und war von zwei Personen — einer Frau und einem Mann — verwaltet, die in Frau genommen wurden. Wesentliche Teile des beschlagnahmten Gutes konnten Oberglöcker Geschäftsleuten, die es als ihr Eigentum wiedererkannten, zugestellt werden.

Königsgrün. Der Prozeß gegen den Postdefraudanten Kehler ging gestern hier zu Ende. Nach mehrstündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Kehler fünf Jahre Gefängnis, Hedwig Cieslik ein Jahr Gefängnis, Wlosch ein Jahr Gefängnis, Paul Kliner sechs Monate, Lucie Kliner sechs Monate, Marie Kehler und Hedwig Borzick je zwei Wochen Gefängnis, Richard Peschel drei Jahre, Hedwig Peschel sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte Seebisch wurde freigesprochen. Hindenburg-Zaborze. An der Grenze erschossen. Ein junger Mann, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte, wurde in der Nähe der Grenze durch Kosakenschüsse getötet aufgefunden. Ob er einem Mordanschlag oder einem Verbrechen, die Grenze unberechtigt zu überqueren, zum Opfer fiel, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Rattowitz. Kesselexplosion. In der Eisenbahnwerkstatt von Siemianowicz ereignete sich eine Kesselexplosion, durch die drei Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Das Unglück ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß sich im Kessel Gase angesammelt hatten, die bei Schweißarbeiten mit einem Argon-Schweißapparat entzündet wurden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Veranstaltungskalender.

Coschken. Sonnabend, den 7. Januar, findet unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Behandlungspunkt ist sehr umfangreich. Es muß sich deshalb jedes einzelne Parteimitglied an diesem Tage Punkt 19 Uhr im Lokal von Wahnert einfinden. Redner: Genosse Jüttner.

Opperan. Am Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet unsere fällige Generalversammlung bei Kiviteck statt. Eine ganze Reihe wichtiger Punkte sind zu erledigen. Außerdem soll in dieser Generalversammlung die Vorarbeit des Kampjahres 1928 in Angriff genommen werden. Deshalb erscheint alle! Referent: Genosse Janke.

Schwobitz. Freitag, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Hoffmann unsere diesjährige Generalversammlung statt. Alle Parteimitglieder müssen erscheinen. Es sind wichtige Wahlen vorzunehmen.

Rattener unsere Generalversammlung findet Sonntag, den 7. Januar, um 19 Uhr, bei Gärtler statt. Es wird ersucht, daß alle Genossen pünktlich zur Stelle sind.

Wilsdorf. Unsere diesjährige Generalversammlung findet am Sonnabend, den 7. Januar, abends 7 Uhr, bei Genossen Traumann statt. Genosse Schiffer ist anwesend.

Wahlh. Sonntagstarren nach Breslau. Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion mitteilt, werden hier demnächst (wenn nicht sofort?) Sonntagstarren 3. und 4. Klasse nach Breslau ausgegeben.

Wettlau. Wer hilft den Hochwassergeplagten. Uns wird geschrieben: Vor einigen Tagen sprach hier Herr von Schaper in einer von ihm einberufenen Versammlung der Hochwassergeplagten. Es wurde verlangt, daß die gegebenen Darlehen niedergeschlagen werden müssen. Die Kleinbauern würden dabei aber sehr schlecht wegkommen, denn sie wurden damals von der Abschlagskommission nicht besonders bedacht, jedoch die Junter also dem größten Vorteil daran hätten. Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß den Bauern nicht immer nur durch Darlehen geholfen werden kann, sondern daß vielmehr Meliorationsarbeiten durchgeführt werden müssen. Es kommt noch hinzu, daß nebst dem die Junter derartige Kredite viel leichter verschaffen können, wie der kleine Bauer, der häufig gar nicht den Mut aufbringt, den Herrn Landrat aufzusuchen oder in den Kreisstellen etwas aufzunehmen. Bei diesen fehlt jede Stunde, die man unnütz herumläuft um Geld aufzunehmen, denn seine Arbeit wird nicht vom Dienstpersonal, sondern durch eigene Kraft verrichtet. Der Junter hat aber immer den Vorteil.

Bermischtes.

Ein eigenartiges Schauspiel

erlebten am Dienstag die Einwohner des englischen Ortes Walton on the Naze, als vor ihren Augen eine im Jahre 1798 vom Meere verschlungene Kirche bei der eintretenden Ebbe plötzlich aus dem Meere auftauchte. Die jetzige Kirche ist drei Meilen von dem früheren Standort der Kirche entfernt. Beim Anblick der auflauchenden mit Mäseeln und Schlamme bedeckten Kirche ergrieffen zahlreiche Zuschauer, von Furcht ergriffen, die Flucht. Der Versuch einiger Männer, zu der Kirche zu gelangen, mißglückte. Durch die wiedererwachende Flut entschwand die Kirche den Blicken der Zuschauer.

Unterschlagungen eines Eisenbahnbeamten.

Direktor H. Beder von den Niederrheinischen Zettelfabriken (A. G. van den Bergh) in Cleve ist wegen größerer Unterschlagungen verhaftet worden. Die Verurteilung beträgt die unterschlagene Summe auf 10 000 bis 20 000 Mark.

Beobachtung einer leuchtenden Himmelserscheinung in Neapel.

Das Observatorium von Neapel teilt mit, daß sich Mittwoch vormittag um 9,10 Uhr in westlicher Richtung einige Minuten lang am Himmel eine in grüner Farbe hellleuchtende Erscheinung gezeigt habe, die sich deutlich vom klaren Himmel abhob. Es handelt sich dabei wahrscheinlich um eine sehr helle Sternschnuppe.

Zum Untergang des Unterseebootes S 4

Das amerikanische Marineamt in Washington teilt mit, daß die Taucher aus dem Hafen von Provincetown gesunkenen Unterseebootes S 4 drei Leichen geborgen haben. Sie wurden im Maschinenraum vollständig entleibt gefunden und schienen ertrunken zu sein. Der Vorsitzende des Marineaususses des Repräsentantenhauses, Butler, gab bekannt, daß er in Uebereinkunft mit dem Wünsche des Präsidenten Coolidge die Ernennung eines Spezialaususses durch den Kongreß verlangen werde. Der Ausschuß soll aus zwei ehemaligen Marineoffizieren und drei Zivilisten zusammengesetzt sein und ersuchende Untersuchungen über die Umstände, die zum Untergang von S 4 geführt haben, anstellen. Das Untersuchungsgericht, das vom Marineamt eingeleitet worden ist, begann bereits heute seine Arbeiten unter dem Vorsth des Konteradmirals Taffan.

Breslauer Produktenbörse vom 4. Januar.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 4. Januar 1928 abgebotenen Preise in Reichsmark per 100 kg (für in 100 kg abgebotene Ware) (wenn nicht anders angegeben) Breslau in allen Waggonsladungen. Tendenz: Getreide bei größerem Angebot fest. — Deliaaten ruhig. — Mehl: Steif. — Sämereien: Freundlicher.

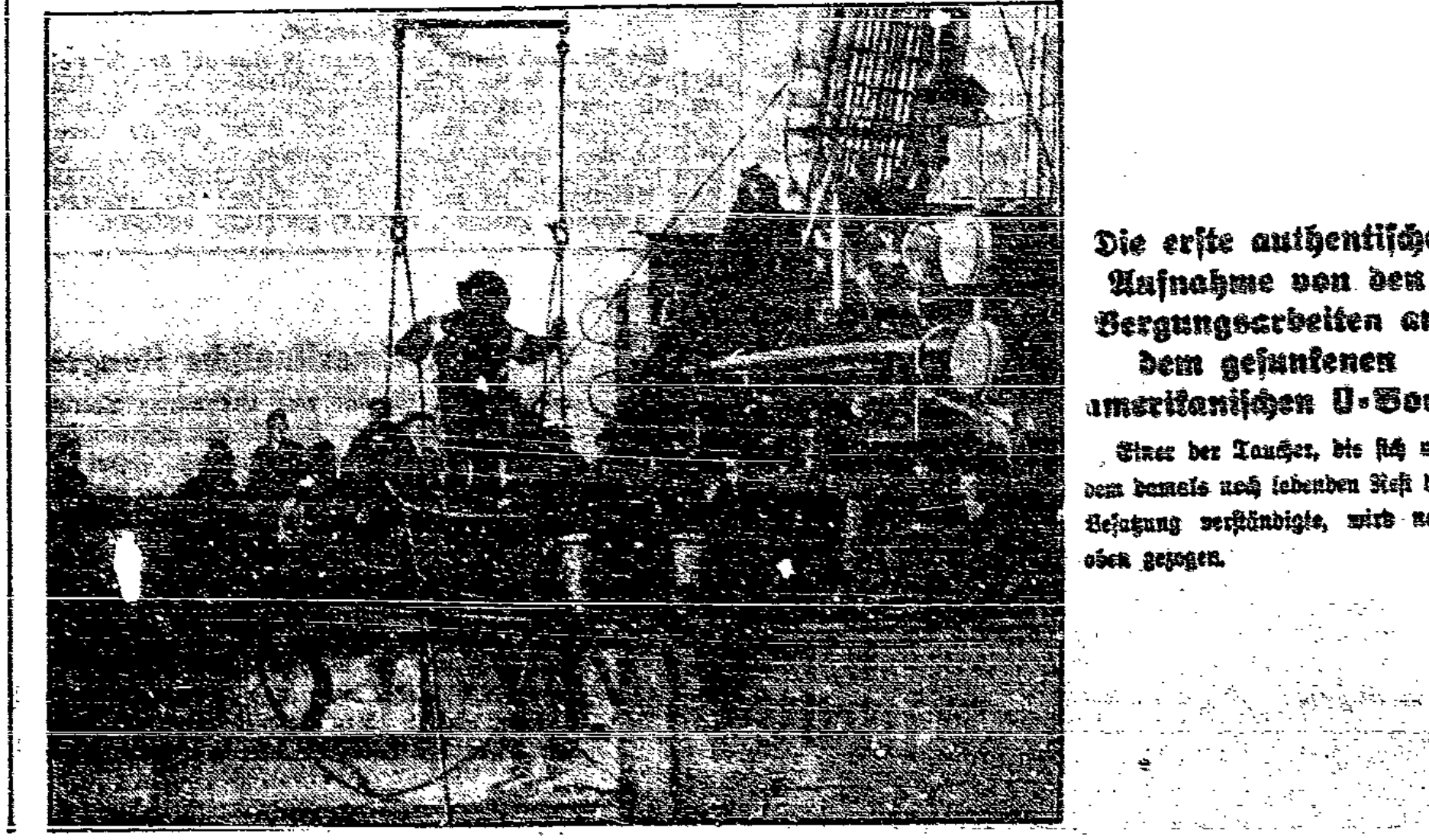
Getreide	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		L. eisenat	
	4.	3.	4.	3.
Weizen, 74er C.G.	26,20	26,20	Wittl. Weizen	—
Roggen, 71 kg*	26,50	26,50	Güte 1. u. 2. Ernte	—
Hafers	20,70	20,70	Domestica	38,00
Wassermehl, gute	27,00	27,00	Domestica	47,00
Reisgerichte	25,00	25,00	Domestica	32,00
Industriegetreide	—	—	Domestica	38,00
einschl. Wintera.	22,00	22,00	Domestica	68,00

Mehl	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Zusammenmehl	
	4.	3.	4.	3.
Weizenmehl	36,75	36,75	42,50	42,50
Roggenmehl	37,25	37,25	—	—

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Feing. feimere Sorten werden höher bezahlt.

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewöhnlichem Kleinfeld und Keimfähigkeit entsprechend höher	Sämereien, Landwarte (für 50 kg)		Daraufschwamm (Landwarte) (gerührt)	
	Durchschnittswert (Landwarte) (gerührt)	(gerührt)	15,00	25,00
Kottee	55,00	55,00	—	—
bis poln.	—	—	—	—
Weißtee	—	—	—	—
Schwedenlee	70,00	99,00	—	—
Gelbtee	—	—	—	—
Infanttee	—	—	—	—

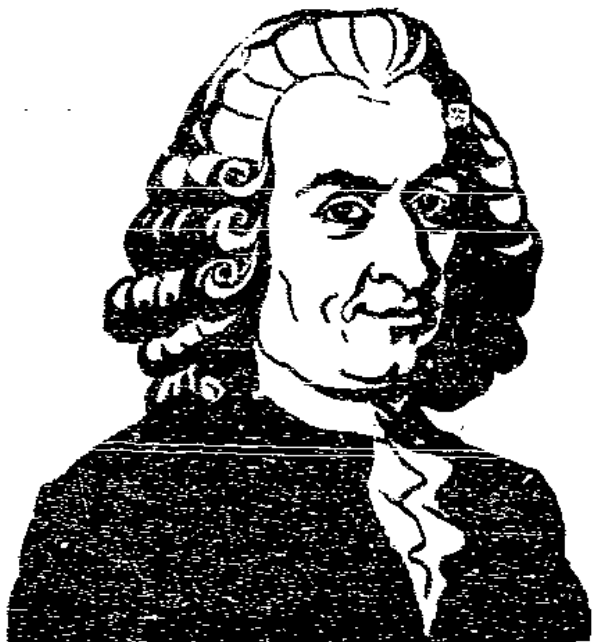
Alles letzte Ernte und in amtliche Sorten außer Lager



Die erste authentische Aufnahme von den Bergungserbeiten an dem gesunkenen amerikanischen U-Boot

Einmal der Taucher, die sich mit dem damals noch lebenden Kopf des Bergung verständigte, wird nach oben gezogen.

Zum 150. Todestage Karl von Linnés.



Am 10. Januar 1778 starb der berühmte schwedische Naturforscher Karl von Linné, der in der Botanik die binäre Nomenklatur (lat. Bezeichnung mit je einem Gattung- und einem Artnamen) einführte, und das nach ihm benannte Linnésche System aufstellte, wodurch erst eine Pflanzenbestimmung möglich wurde.

Explosionskatastrophe in Berlin.

Heute, Donnerstag, gegen 11 Uhr früh, erfolgte in den Kellerräumen des Hauses Landsberger Allee 116 in Berlin eine heftige Explosion, die die Kellerräume vollständig zerstörte und auch den ersten und einen Teil des zweiten Stockwerkes in Mitleidenschaft zog. Im Anschluß an die Explosion entstand ein größerer Brand, zu dessen Bekämpfung mehrere Züge der Feuerwehr anrückten. Mehrere Personen wurden getötet, etwa zehn Schwerverletzte wurden geborgen, eine große Anzahl von Personen soll noch unter den Trümmern liegen.

Das Grundstück bietet ein grauenvolles Bild der Verwüstung. Die etwa sechs Meter breite rechte Seite des Hauses ist vollständig abgerissen und auf das daneben liegende unbebaute Gelände abgestürzt, wo eine ungeheure Masse von etwa zehn Meter Höhe, die aus Mauerblöcken, Balken, Brettern und Möbelfrüden besteht, der Aufraumung harret. Zahlreiche Feuerwehrmänner sind beim Schein von Acetylenlampen und Fackeln damit beschäftigt, den Schutt wegzuschaffen. Bis um 3 Uhr nachts waren drei Lote und fünfzehn Verletzte geborgen, doch dürfte die Zahl der Toten weit erheblicher sein, da gerade in diesem Flügel sich die Schlafkammer vieler Hausbewohner befanden. Die im Hause im Erdgeschloß befindlichen Läden, eine Gastwirtschaft und ein Kolonialwarengeschäft, sind völlig zerstört. Bei einem Gange durch das Haus, dessen Treppen merkwürdigerweise fast unversehrt geblieben sind, sieht man, welche Kraft die Explosion entwickelt hat. Bis zum vierten Stockwerk sind einige der Wände eingedrückt, andere weisen starke Risse auf und mühen von den Feuerwehrlenten abgeteilt werden. Die Türen liegen teils am Boden, teils hängen sie tief in ihren Angeln. Schuttmassen bedecken überall den Fußboden. In der Luft hängende Wände mühen von den Feuerwehrlenten, die an Stellen gepulvert wurden, mit Äxten abgefräsen werden, da die Gefahr des Einsturzes droht. Fast sämtliche Guckfenster und Fenster Scheiben der Zimmer sind in Trümmer gegangen, die bis auf den gegenüberliegenden Bürgersteig geschleudert worden sind. Die Bewohner mühen sämtlich das Haus verlassen.

Anscheinend ist die Explosion durch große Mengen von Ammoniak und Gas hervorgerufen worden, die sich in den Kellerräumen einer Fleischwarenfabrik im Hause angesammelt hatten. Das gleiche Bild der Verwüstung zeigen der Hof, der wie ein Krater aussieht, und die hinteren Baulichkeiten der Fleischwarenfabrik. Die Aufräumungsarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt, doch dürfte keine Hoffnung bestehen, noch Lebende zu bergen.

Ein schweres Schiffsunglück.

Bei dem 250 Passagiere ertranken.

ereignete sich auf dem Schwarzen Meer. Der russische Personen-Dampfer „Doga“ geriet bei der Ueberfahrt zwischen Nikolajewsk und Komorowitsch in einen mächtigen Sturm und wurde auf bisher noch nicht gekannte Weise led. Der Dampfer verlor so schnell, daß Hilfe nicht mehr gelehrt werden konnte. Unter dem 250 ertrankenen Passagieren befand sich eine Gruppe von 50 Schülern.

Die ungeheuren Schneestürme.

die seit über vier Tagen in unermüdlicher Stärke über Nordamerika herrschen, haben bis jetzt über 75 Todesopfer gefordert. Hunderte von Personen, die durch das Unwetter in Schanden gekommen sind, mühen Krankenhäuser aufsuchen. — Ein Zugunglück, das auf dem letzten Tag

zurückzuführen ist, ereignete sich in Atlanta in Nordamerika. Drei Personen wurden getötet und zwölf verletzt.

Auch in Europa hat die Kälte zahlreiche Opfer gefordert. Furchtbare Leiden hatte die Mannschaft eines deutschen Schleppendampfers auszustehen, der am Dienstag in vollkommen vereistem Zustande, nach einer wahren Schreckensfahrt durch das Weiße Meer, in den Hafen von Tromsø eintraf. Das Schiff war am 28. Dezember led geworden. Es bedurfte übermenschlicher Anstrengungen der Mannschaft, das Fahrzeug in die Nähe der Küste zu bringen. Die Beladung mußte in einem orkanartigen Schneesturm bei 26 Grad Kälte eine Nacht im Freien zubringen. Dem Schiffstoch erfrorzen beide Beine.

Lumakthemen in Berlin.

Zu Lumakthemen kam es am Mittwoch auf einem Wohlfahrts- und Fürsorgeamt in der Chausseestraße in Berlin. Eine Frau hatte die Beamten fortgesetzt beleidigt, so daß sie schließlich zum Verlassen des Amtes veranlaßt wurde. Die Frau erzählte dann auf der Straße wachenden Erwerbslosen, daß sie von einem der Beamten am Halbe gewürgt worden sei. Daraufhin drangen einige junge Erwerbslose in das Abfertigungszimmer ein und griffen die Beamten tätlich an. Die Hauspolizei mußte von den Gummiknüppeln Gebrauch machen. Einer der Angreifer wurde erheblich verletzt.

Tot in ihrem Schlafzimmer aufgefunden.

wurde am Mittwoch die bekannte französische Filmschauspielerin Claude de France. Als Todesursache ist Gasvergiftung festgestellt worden. Ungeklärt ist nur, ob die Künstlerin die Gasleitung zu schließen vergessen hatte oder ob sie Selbstmord begangen hat.

Rege Tätigkeit der Taschendiebe.

Eine rege Tätigkeit haben in Berlin mit dem Beginn der Inventurausverkäufe die Taschendiebe aufgenommen. Täglich laufen Anzeigen Betrüblener bei der Kriminalpolizei ein. Auch zahlreiche ausländische Taschendiebe haben sich eigens für die Saison der Inventurausverkäufe nach Berlin begeben. Auf römischer Tat ertrappt wurde in einem Warenhaus in der Tauentzienstraße eine berühmte internationale Taschendiebin, die in dem Augenblick festgenommen wurde, als sie einer Frau die Handtasche öffnete. Die Diebin hatte sich unter dem falschen Namen Braccella Senti in einer vornehmen Pension im Berliner Westen einquartiert.

Fraulein Strafrichterin.

Nachdem im letzten Jahre mehrfach Frauen nach Ablegung der zweiten Prüfung zu Gerichtssassenhorinnen ernannt worden waren und richterliche Befugnis an Berliner Zivilgerichte ausgeübt hatten, ist jetzt eine Gerichtssassenhorin zum ersten Male in Berlin auch mit dem Amte eines Strafrichters betraut worden. Die Gerichtssassenhorin Fraulein Küh ist vom 2. Januar 1928 ab als Mitglied der ersten großen Strafammer des Landgerichts I im Kriminalgericht Roabit tätig.

Drei Opfer des Hiner Sees.

Im Dienstag sind vier Personen, die die Eisbede des großen Hiner Sees betreten hatten, eingebrochen. Der Schulleiter, Direktor Windenbeck, und zwei Knaben sind dabei ertrunken.

Berlin ohne Kinder.

Als Protest gegen die beschlossene Erhöhung der Versicherungsgebühren für Kinder, die von den Diebstahlagenten für notwendig gehalten werden, sind heute vorzeitig auf dem städtischen Schlachthof und Viehhof in Berlin die Kindererschlächter in den Streik getreten. Die Ernteschlächter, die den täglichen Auftrieb abzunehmen pflegen, haben sich geweigert, das Vieh zu kaufen, falls nicht die Versicherungsgebühren ermäßigt würden. Da die Verhandlungen sich verfrühen haben, treten die Ernteschlächter in den Streik. 1570 Kinder fanden heute morgen keine Käufer.

Autounglück bei Brandenburg.

Zwischen Genua und Brandenburg geriet ein Personenkraftwagen der Telefunken G.m.b.H. in Berlin ins Schleudern und stieß um. Von den Insassen des Wagens erlitt der Direktor der Telefunken G.m.b.H., Fiegler, so schwere Verletzungen, daß er in hoffnungslosem Zustande in das Genetische Krankenhaus gebracht werden mußte. Außer dem Direktor erlitt auch der Ingenieur Gräuberger und der Chauffeur des Wagens erhebliche Verletzungen. Jedoch sind ebenfalls ins Krankenhaus gebracht worden. Die beiden anderen Mitfahrerinnen wurden ebenfalls aus dem Auto herausgeschleudert und schwer verletzt.

Schwere Kattin.

Im Sonntagabend geriet in Stuttgart der 48jährige Schweizer Albert Schiefer mit seiner 37jährigen Ehefrau aus Eberbach in einen Verkehrsunfall und brachte der Frau mit einem Leibwund zwei Stiche in die rechte Halsseite bei, so daß die Frau kurze Zeit darnach starb. Der Täter flüchtete genüß, wurde aber jetzt verhaftet worden.

Streckungunglück.

Im Mittwochabend stieß gegen 10 Uhr auf der Straße Ellen-Ring in der Nähe des Reichsbahnhofs ein Güterzug mit einem rangierenden Lokomotiv zusammen. Nach dem einen Lokomotiv ist der Rangierer schwer verletzt worden, während ein Stellvertreter des Rangierers mit leichteren Verletzungen davon kam. Beide wurden dem Krankenhaus zugeführt. Zwei Güterwagen wurden durch die Gewalt des Zusammenstoßes ineinander gekippt, während ein dritter umkippte.

Heinrich Zille 70 Jahre alt.



Der bekannte Karikaturist und beste Gestalter der Berliner Volkszinnen, Heinrich Zille, feiert am 10. Januar seinen siebenzigsten Geburtstag.

Einen nicht alltäglichen Fischverkauf.

unternahm ein dänischer Schwerverbrecher namens Lindberg, dem es gelang, mit einer einfachen Kontorschere die fast drei Meter dicke Mauer des Horsens-Zuchthauses zu durchstoßen. Wochen hindurch hatte er Stein für Stein auf das sorgfältigste losgelöst. In der Neujahrsnacht hatte er sein Werk vollendet. Eine von ihm benutzte Strickleiter, die er aus Tau- und Zeugabfällen verfertigt hatte, schlug aber gegen das Fenster eines in der ersten Etage wohnenden Gefängniswärters, der die Flucht ermittelte. Der Wächter erlitt einen Lohruchsanfall, als er das Wühlgeräusch seines Planes feststellen mußte.

Ein Dornier Superwal nach Genua abgeliefert.

Die Dornier-Metallbauwerke haben am Dienstag einen neuen Superwal an die italienische Luftfahrt-Gesellschaft nach Genua abgeliefert. Das Flugzeug ist mit vier Motoren versehen und vermag 20 Personen aufzunehmen, sowie 3600 Liter Brennstoff. Es erreicht 229 Kilometer Höchstgeschwindigkeit in der Stunde. Der neue Superwal, von Chefpilot Wagner gesteuert, durchflog die Strecke Friedrichshafen—Genua in zwei Stunden.

Automobilunfälle.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in den Morgenstunden zum Sonntag einige Kilometer von der Stadt Mantua entfernt. Ein Auto mit fünf Männern, die die Neujahrsnacht auf dem Lande verbracht hatten und nach der Stadt zurückkehren wollten, stürzte in eine Grube. Vier Insassen und der Chauffeur fanden dabei den Tod.

Schweres Automobilunglück.

In Barcelona stürzte ein mit sechs Franzosen besetztes Auto in eine 20 Meter tiefe Schlucht. Von den Insassen wurden zwei sofort getötet. Ein Dritter erlag kurz darauf seinen Verletzungen. Auch die drei übrigen erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein russischer Kaphtazug verunglückt.

Bei Batum ist ein aus Tiflis kommender Eisenbahnzug mit Kaphtaprodukten infolge eines Bergsturzes verunglückt. Die Lokomotive stürzte um und 27 Tankwagen mit Kaphta und Benzin verbrannten. Eine Person kam dabei ums Leben, außerdem trugen mehrere Mitglieder des Zugpersonals Brandwunden davon.

Einsturz des Fußbodens eines Festsaales.

In Konstantinopel brach bei einer Neujahrsfeier, an der etwa 200 Menschen teilnahmen, der Fußboden in einem Saale durch, wobei etwa 100 Menschen in das untere Stockwerk abstürzten. Erreuilicherweise sind nur leichtere Verletzungen vorgekommen.

Coole muß wieder ins Gefängnis.

Coole, der seinerzeit behauptet hatte, den Nordpol erreicht zu haben, hat eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zufolge die wegen Betruges über ihn verhängte Gefängnisstrafe von 14 Jahren weiter abzubüßen. Er war bereits zwei Jahre im Gefängnis, war aber kürzlich mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt worden. Nach der heutigen Entscheidung muß er ins Gefängnis zurückkehren und kann nicht vor März 1930 mit Bewährungsfrist freigelassen werden.

Eine schwere Explosion.

bei der über 20 Personen schwere Verletzungen erlitten, ereignete sich im Elektrizitätswerk der Stadt St. Paul in Minnesota (Nordamerika). Das durch die Explosion verursachte Feuer richtete einen Sachschaden an, der auf eine Million Dollar geschätzt wird.

Die Kälte in den Vereinigten Staaten.

Im mittleren Westen der Vereinigten Staaten liegt der Schnee vier bis fünf Fuß hoch. Der Frost dehnt sich bis zum Golf von Mexiko aus. Die Zahl der Personen, die im Zusammenhang mit der neuen Kältemasse umgekommen sind, wird auf vierzig geschätzt, doch sind in dieser Zahl auch die bei Schiffbrüchen Verunglückten einbegriffen.

Tauschlokalitätenjahr eines amerikanischen Parlamentariers.

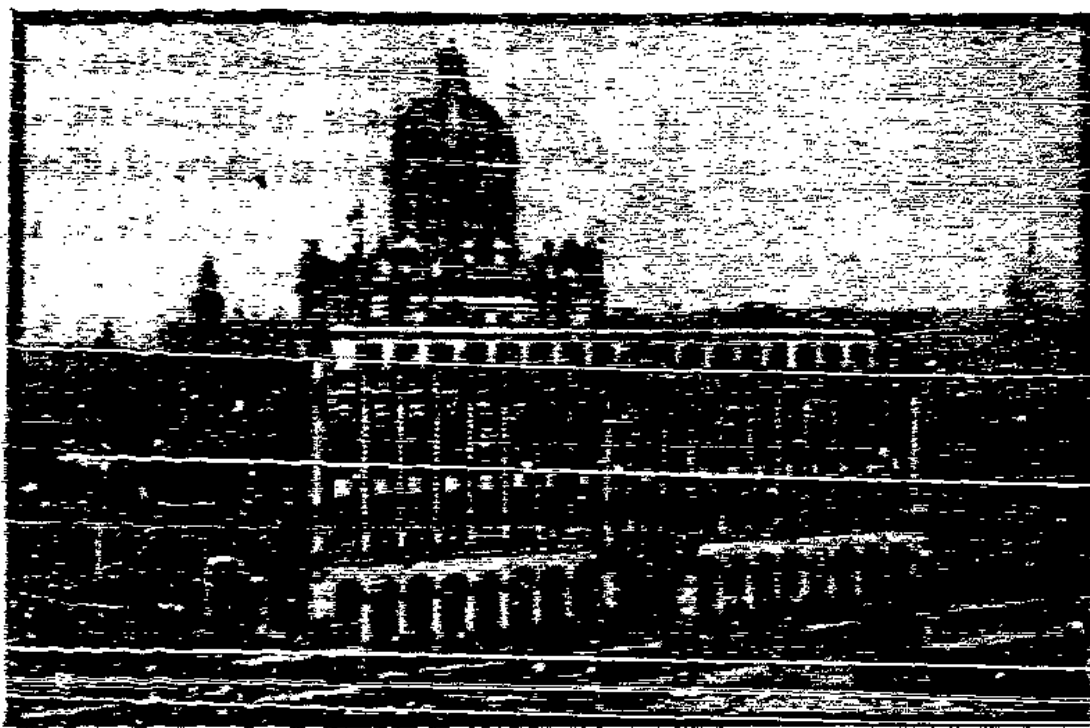
Der Abgeordnete Laguardia, der New York im Repräsentantenhaus vertritt und beabsichtigt hatte, die Regierung schon anzutreffen, weil es nicht gelungen ist, die Ueberlebenden des S 4 zu bergen, hat auf Grund der Einbrüche einer 36tägigen Fahrt an Bord des Tauschbootes S 8, bei der sämtliche Mann über Bord wurden, keine ursprüngliche Absicht aufgegeben. Er erklärt, er habe festgestellt, daß alles, was möglich war, getan worden ist, um die im Strand des S 4 Eingeschlossenen zu retten, und er werde nun an für den Bau größerer Tauschboote und zur nötigen Ausrüstung für die braven Seeleute eintreten, die täglich in dieser Fahrten ihr Leben aufs Spiel setzen.

Eine peinliche Folge der Neujahrsempfänge für Coolidge.

Präsident Coolidge trug bei einem Briefempfang Dienstag die rechte Hand in einer Blase. Es ist dies eine Folge der Neujahrsgalaempfindungen, bei der er zwei Stunden lang die Hand drücken mußte.

Der Pan-Amerikanische Kongress.

Am 18. Januar hat Präsident Coolidge in Panama eröffnet. Der für alle amerikanischen Staaten bedeutungsvolle Kongress findet im Präsidentensaal der Hauptstadt Kuba statt, den mehr als 2000 repräsentative Delegationen aus allen amerikanischen Staaten anwesend sind. In diesen Tagen wird man sich auf dem Kongress mit großen Worten über die Pan-Amerikanische Verständigung, die der jede Unabhängigkeit erhaltende Charakter in die Eingekerkelten amerikanischen Republiken bringen soll, und die die Vereinigten Staaten als Schutzherrn der Mittel- und Südamerikanischen Staaten ansieht. Das Beispiel Panamas zeigt den Erfolg der Verständigung im letzten Jahre.



Arbeitslosenschutz und Arbeitslosenhege.

Die Kommunisten haben wieder einmal ihr Herz für die Arbeitslosen entdeckt. Sie beabsichtigen, in verschiedenen Bezirken Erwerbslosenkonferenzen abzuhalten. So ist bereits zum 31. Januar eine solche Erwerbslosenkonferenz in Berlin-Brandenburg-Baunth einberufen worden.

Wiel Glück wird die SPD. mit dieser Hege nicht haben; denn jeder Arbeiter, der nur ein bißchen über die Arbeit der Gewerkschaften im Bilde ist, weiß, daß ohne den unermüdbaren und jähren Kampf der Gewerkschaften die Arbeitslosen verrotten und verfaulen würden. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist bestimmt keine rechtliche Lösung des Arbeitslosenproblems.

Gerade in der Arbeitslosenfrage haben die Kommunisten allen Anlaß, mühsamst zu sein, denn das Arbeitslosenproblem ist bis jetzt für Sowjetrußland eine sehr harte Nuß gewesen. Die russischen Arbeiter wären froh, wenn sie auch nur entfernt die Sicherheiten genießen, die in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung nach dem neuen Gesetz dem Arbeiter geboten werden.

Bei den Verhandlungen über die Stilllegung des Hüttenwerkes „Rote Erde“, die dieser Tage bei der Lachener Regierung geführt wurden, erklärte der Regierungspräsident Dr. Rombach, daß die Regierung den Abbruch der Hütte nach Ablauf der Frist am 15. Januar nicht verhindern könne.

Die Sowjetregierung ist einfach nicht in der Lage, mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden. Sie muß erst einmal das nachmachen, was in Deutschland unter dem Druck der freien Gewerkschaften in der Unterstützung und Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen herausgeholt wurde.

Neue Herabminderung der finanziellen Auswirkung der Befoldungsreform

Bringt die vom Finanzminister in Verbindung mit dem Reichsrat vorgenommene und dem Reichstag soeben mitgeteilte Neuordnung der örtlichen Sonderzuschläge. Bisher wurde in Berlin und Hamburg ein örtlicher Sonderzuschlag von 5 Prozent zu den gesamten Dienstbezügen (Grundgehalt, Wohnungsgeldzuschuß, Kinder- und Frauengeldzuschlag) gewährt.

Im besetzten Gebiet und in den Randgebieten wurden bisher örtliche Sonderzuschläge von 2, 4, 10 und 15 Prozent zu den gesamten Dienstbezügen gewährt. Die Orte, die bis 2 und 4 Prozent Sonderzuschläge erhalten haben, behalten künftig keine Zuschläge mehr.

Die Abfindungen werden für die Orte im besetzten Gebiet, die bisher 15 Prozent örtlichen Sonderzuschlag hatten, 3 Prozent vom Grundgehalt, 11 Prozent vom Wohnungsgeldzuschuß und 11 Prozent vom Frauen- und Kinderzuschlag gewährt.

werden 8 Prozent vom Grundgehalt, 5 Prozent vom Wohnungsgeldzuschuß und 11 Prozent vom Kinder- und Frauengeldzuschlag gewährt und schließlich für die Orte im unbesetzten Gebiet, die bisher 10 Prozent örtlichen Sonderzuschlag hatten, 8 Prozent vom Grundgehalt, 1 Prozent vom Wohnungsgeldzuschuß und 6 Prozent vom Frauen- und Kinderzuschlag gegeben.

Die Abfindungssumme beträgt das 1/4fache des Jahresbetrages der vorstehend angegebenen prozentualen Zuschläge. Für die Berechnung ist maßgebend der Stand der Besoldung vom 30. September 1927. Die Abfindungssumme wird wie folgt gezahlt: Am 14. Januar 1928 ein Jahresbetrag und am 14. Januar 1929 ein Halbjahresbetrag.

Verschärfung der Lage in der sächsischen Hüttenindustrie.

Vor der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches.

Dresden, 3. Januar. Nachdem durch die Ablehnung der Schiedsprüche für die sächsische Hüttenindustrie durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zunächst ein vertragsloser Zustand eingetreten war, haben heute vormittag bei den Mitteldeutschen Stahlwerken Aktien-Gesellschaft in Gröbzig die Arbeiter der ersten Schicht ihrem gestrigen Beschluß entsprechend, nach acht Stunden den Betrieb verlassen.

Zur Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Hüttenindustrie fanden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Die Verhandlungen gestalteten sich überaus schwierig. Wie wir erfahren, ist damit kaum zu rechnen, daß sich die Parteien einigen werden.

Für die Metallindustrie Osnabrück wurde bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in der Lohnfrage eine Einigung erzielt; in der Arbeitszeitfrage wird es auch hier wahrscheinlich zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches kommen.

Hüttenwerk „Rote Erde“ wird stillgelegt.

Bei den Verhandlungen über die Stilllegung des Hüttenwerkes „Rote Erde“, die dieser Tage bei der Lachener Regierung geführt wurden, erklärte der Regierungspräsident Dr. Rombach, daß die Regierung den Abbruch der Hütte nach Ablauf der Frist am 15. Januar nicht verhindern könne.

Das Reichswehrministerium als Arbeitgeber

Eine der kostspieligsten Einrichtungen der deutschen Republik ist das Reichswehrministerium. Die Forderungen, die dieses Ministerium an den Staatshaushalt stellt, vermehren sich von Jahr zu Jahr. Bei den Kiefernsummen, die das Reichswehrministerium aus dem Staatshaushalt erhält, läßt man eigentlich erwarten können, daß die im Reichsbereich Gehaltsartigen Arbeiter nicht nur anständig bezahlt, sondern auch halbwegs dauernd beschäftigt werden.

Ueber die Löhne, für die ja das Reichswehrministerium nicht allein, sondern vorwiegend das Reichsfinanzministerium verantwortlich ist, soll hier nicht weiter gesprochen werden. Dagegen fordert die Art und Weise, wie in den einzelnen Dienststellen des Reichswehrministeriums die Arbeiter forsgesetzt und ohne Rücksicht auf etwaige andere Beschäftigungsmöglichkeiten auf die Straße gesetzt werden, zur härtesten Kritik heraus.

Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute!

Dienstag
Vollversammlung
Abends 8 Uhr
Anwesenheit ist Pflicht

Werk etwa 4000 Arbeiter. Nach den Berechnungen der Hüttenverwaltung soll das Werk zurzeit mit einem monatlichen Verlust von 150 000 Mark arbeiten.

Was geschieht nun mit den brotlos werdenden Arbeitern und Angestellten? Diese Frage müssen sich die maßgebenden Stellen einmal sehr ernsthaft überlegen, zumal auch noch andere Firmen im Lachener Gebiet sich mit Stilllegungsabsichten tragen. Zur Bekämpfung der Krise im Lachener Wirtschaftsgebiet, deren Ursachen zum Teil in der ungünstigen Sachlage der Werke liegen, muß einmal etwas Ernsthaftes unternommen werden.

Eine Ferienstatistik des Buchbinderverbandes.

16 Prozent der männlichen und 25 Prozent der weiblichen Arbeiter haben überhaupt keine Ferien.

Der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter veranstaltet zur Zeit Erhebungen für eine Lohn- und Ferienstatistik. Schon jetzt liegt überaus wertvolles Material vor. So wurde z. B. beim „Api“-Vertrag festgestellt, daß von rund 3000 Gehilfen im letzten Jahre 16 Prozent überhaupt keine Ferien hatten und bei 12 Prozent die Feriendauer nur 3 Tage betrug.

Noch schlimmer steht es mit den Ferien der Arbeiterinnen im Buchbinder- und Papiergewerbe. Hier zeigen die Feststellungen beim „Api“-Vertrag, daß von 6500 weiblichen Personen sogar ein Viertel überhaupt keine Ferien hatte und fast ebensoviel nur 3 Tage; die tarifliche Höchstdauer von 9 Tagen hatten nur 13 Prozent.

Die Reichs- und Staatsangestellten beantragen ein Schlichtungsverfahren.

Die am Reichsangeestellten-Tarifvertrag und am Preussischen Angestellten-Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen haben bei dem Reichsarbeitsministerium die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zur Neuordnung der Gehälter beantragt. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium mußten, wie bereits gemeldet, ergebnislos abgebrochen werden.

Streit in den Berliner Wurfbetrieben.

Die Berliner Wurfwerke, soweit sie in den Wurfabriken beschäftigt sind, beschlossen am Dienstag abend in geheimer Abstimmung, am Mittwoch die Arbeit einzustellen. Dieser Beschluß ist auf Lohnunterschieden zurückzuführen.

denn seine Machtbefugnisse nicht so weit reichen, daß er hier endlich einmal ein erzwungenes Wort spricht. Kann er sich dazu nicht aufschwingen, so bleibt schließlich nur der Appell an den Reichstag übrig. Die bevorstehende Staatsberatung wird hoffentlich dazu Gelegenheit geben, die von uns zunächst nur skizzierten unerhörten Zustände einmal einer gründlichen Kritik zu unterziehen.

104 000 Arbeitslose in Niederschlesien.

In der Berichtswoche vom 22. bis 28. Dezember 1927 stieg im Bezirke des Niederschlesischen Landesamtes die Zahl der Arbeitslosen von 94 298 auf 104 646, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 59 907 auf 68 862 und die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 11 063 auf 12 269. Die Zahl der offenen Stellen sank von 2697 auf 2436.

In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 32 878 auf 35 205, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 16 779 auf 18 174 und die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 7835 auf 8361. Die Zahl der offenen Stellen stieg von 376 auf 442.

Die Anbrangsziffer (Arbeitslose auf 100 offene Stellen) beträgt zurzeit 225,8 gegenüber 245,3 in der Vorwoche.

Die Arbeitslosenziffer (Unterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner) beträgt zurzeit 26,0 gegenüber 22,7 in der Vorwoche.

Im Vorjahr wurden am 29. Dezember 112 852 Arbeitslose und 78 556 Unterstützungsempfänger gezählt. Somit ist also der Stand des Vorjahres bereits überschritten.

Dieser hohe Stand bedeutet jedoch nicht eine tatsächliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre, sondern ist wohl durch die Natur des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bedingt, denn die Zahl der Arbeitslosen steigt noch um etwa 8000 gegen das Vorjahr zurück.

Tarifverhandlung für Angestellte.

Vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (Zentralverband der Angestellten, Deutscher Beamtenverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten) wird uns berichtet:

Am Mittwoch, den 4. Januar 1928 wurde zwischen dem Angestelltenverband und der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände über den Neuabschluss des Manteltarifvertrages für die kaufmännischen und technischen Angestellten in Breslau verhandelt.

Es wurde lediglich über eine Reihe weniger bedeutsamer Fragen eine Verständigung erzielt. Die entscheidenden Fragen über Arbeitszeit, Urlaub etc. sollen einem Schiedsgericht überwiesen werden. Ueber die Zukunftsbestimmung des Schiedsgerichtes werden die Parteien in einer demnächst stattfindenden weiteren Sitzung sich noch verständigen. Die Forderungen der Arbeitgeber auf Verschärfung der Manteltarifbestimmungen werden von den Angestellten durch Gegenmaßnahmen auf Verbesserung einer Anzahl von Paragrafen abgewehrt.

Über das Ergebnis der Verhandlungen wird in den nächsten Tagen berichtet werden.

